

Inhaltsverzeichnis

1. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik	
2. Netzwerkvereine	
3. Gesellschaft für Sicherheitspolitik	
4. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	
5. Förderkreis Deutsches Heer	
6. Rheinmetall	
7. Airbus Group	
8. Florian Hahn	
9. Henning Otte	
10. Hanns-Seidel-Stiftung	

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die **Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter **Netzwerkverein**, bei dessen Treffen und Diskussionsrunden Vertreter:innen der Rüstungsindustrie, Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter:innen des **Bundesverteidigungsministeriums** Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik erörtern.

**Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik
(DWT)**



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Rüstungsunternehmen, MdBs, Vertreter des Verteidigungsministeriums und Militärs erörtern Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik

Gründungsjahr 1957

Anschrift

Hauptsitz Hochstadenring 50, 53119 Bonn

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.dwt-sgw.de

Webadresse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	3
--	---

2 Einflussnahme und Lobbystrategien	3
2.1 Verbindungen	4
3 Organisationsstruktur und Personal	4
3.1 Vorstand	4
3.2 Präsidium	4
3.3 Repräsentanz in Brüssel	5
3.4 Gremien und Arbeitskreise	5
3.5 SGW	6
4 Weiterführende Links	6
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
6 Einzelnachweise	6

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) ist 1957 auf Initiative der Rüstungsabteilung des **Bundesministeriums der Verteidigung** (BMVg) gegründet worden. Zweck des Vereins ist die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik (§ 2 der Satzung vom 7. Mai 2013). Dazu bietet der Verein allen Interessierten aus Öffentlichkeit, Politik, Bundeswehr, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Forschung eine neutrale Plattform für den Dialog. Die DWT verweist auf ihrer Webseite als Vorteil einer Mitgliedschaft u. a. auf ihr "Netzwerk aus Politik, Bundeswehr und anderen Organen der Exekutive, der Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung sowie der Medien."^[1] Zu den Veranstaltungen gehören Vorträge, Workshops, Gesprächsrunden und Parlamentarische Abende. Die DWT ist als gemeinnützig anerkannt und hat dadurch bedeutende Steuervorteile. Dies haben eine Reihe von Bundestagsabgeordneten Ende August 2015 kritisiert.^[2]

Einflussnahme und Lobbystrategien

Der Rahmen der DWT erlaubt der Rüstungsindustrie, bereits im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse, informell Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dabei bringen Rüstungsunternehmen zwangsläufig auch ihre Interessen an geplanten Rüstungsprojekten der Bundesregierung ein. Interessengruppen, die an Abrüstung oder der Begrenzung von Rüstungskosten interessiert sind (z. B. Friedensinitiativen) sind in dem Verein nicht vertreten. Das Zusammenwirken von Rüstungsunternehmen und Parlamentarier:innen birgt die Gefahr, dass rüstungspolitische und wehrtechnische Entscheidungen von den zuständigen parlamentarischen Gremien in intransparente Gesprächsrunden verlagert werden, in denen die entsprechende Distanz zwischen den Abgeordneten und der Rüstungsindustrie fehlt.

In Berlin veranstaltet die DWT Gesprächs- und Diskussionsrunden mit

- Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der Abgeordneten im Deutschen Bundestag: "Gespräch wiss MA von MdB mit Experten"
- der sicherheitspolitischen Szene in der Hauptstadt: "Parlamentarischer Abend"
- wichtigen Gesprächspartnern aus Parlament, Ministerien, Arbeitskreisen: "Berliner Gespräch des AKM"^[3]

Auch in Brüssel werden Diskussionsrunden organisiert. Daneben werden die DWT-Industrietreffen am Standort SHAPE (ca. 60 km südlich von Brüssel in der Nähe von Mons) veranstaltet. Das "Brüsseler Gespräch" wird im Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet.^[4]

Verbindungen

- Die DTW ist Gründungsmitglied der [European Federation of Defence Technology Associations \(EDTA\)](#)^[5]
- Vereinbarungen zur Zusammenarbeit bestehen mit:
 - [Gesellschaft für Sicherheitspolitik \(GSP\)](#) (ehemals Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW)^[6])
 - [Carl-Cranz-Gesellschaft \(CCG\)](#)
 - [Deutscher Bundeswehrverband \(DBwV\)](#)
 - [Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr\(VdRBw\)](#)
 - [Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.](#)
- Gemeinsame Veranstaltungen gibt es auch mit:
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DGAP\)](#) und
 - [Förderkreis Deutsches Heer](#)^[7]

Mit der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) wurde das "Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik" veranstaltet.

Organisationsstruktur und Personal

Im Dezember 2021 zählte die DWT 1 150 Mitglieder.^[8] 2020 waren dies 262 fördernde und 797 persönliche Mitglieder.^[9]

Eine Liste der fördernden Mitglieder konnte [ehemals hier](#) abgerufen werden. Mitglieder des DWT e.V. waren laut eigenen Angaben im Jahr 2016 zu 50% Angehörige der Bundeswehr, ob aktiv oder im Ruhestand, 40% aus der Wehr- und Sicherheitswirtschaft und rund 10% der Mitglieder aus Forschung, Politik und sonstigen Betätigungsfeldern.^[10]

Vorstand

- Wolfgang Döring, Generalmajor a.D. (Vorstandsvorsitzender)
- Matthias Witt, Geschäftsführer WIMCOM GmbH (Stellvertretender Vorsitzender)
- [12 weitere Mitglieder](#), unter anderem aus den Unternehmen [Rheinmetall AG](#) und [Airbus Defence&Space GmbH](#)

(Stand: März 2025) Quelle: ^[11]

Präsidium

Das Präsidium setzt sich aus ca. 40 Mitgliedern zusammen.

Folgende Unternehmen sind über Mitglieder im Präsidium vertreten:

- Diehl Defence (Vorstandsmitglied Claus Günther - Präsident des DWT)
- ThyssenKrupp Marine Systems GmbH
- Daimler Truck AG
- Airbus Defence and Space GmbH

Zu den Präsidiumsmitgliedern zählten unter anderem folgende (ehemalige) Mitglieder des Deutschen Bundestags im Verteidigungsausschuss:

- Kerstin Vieregge (CDU) - Vizepräsidentin DTW
- Wolfgang Hellmich (SPD)
- Dirk Vöpel (SPD)
- Marcus Faber (FDP) - (Vorsitzender des Verteidigungsausschusses 06/2024 - 2025)
- Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) bis 2023 - (Vorsitzende des Verteidigungsausschusses 2021-2024)
- [Florian Hahn](#) (CSU) bis 2017
- [Henning Otte](#) (CDU) bis 2017
- Lars Klingbeil (SPD) bis 2017

(Stand: März 2025) Quelle: ^[12]

Repräsentanz in Brüssel

Die Mitglieder des Beirats der Repräsentanz in Brüssel waren [hier](#) abrufbar. Neben Vertreter:innen der Rüstungswirtschaft und Militärs gehörten dazu u.a.

- Christian Forstner, [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
- Stefan Gerold, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

Mittlerweile sind Informationen über den Beirat in Brüssel nicht mehr zu finden.

Im [Transparenzregister der EU](#) ist die DWT nicht gelistet, durchaus aber einige ihrer Mitglieder wie die [Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG](#) und die [Diehl Stiftung & Co. KG](#).^{[13][14]} Die, für die Diehl Stiftung & Co. KG mit EU-Beziehungen beauftragte Person, Tobias Kaiser, (Director Business Development EU und Vorstandsmitglied des DWT) ist laut DWT Website gleichzeitig Ansprechpartner des DWT Büros in Brüssel.^[15]
^[13]

Gremien und Arbeitskreise

Arbeitskreis Mittelstand (AKM) Im Arbeitskreis Mittelstand sind laut dem [Jahresbericht 2019](#) 489 Mitglieder organisiert, davon 209 fördernde Unternehmen, sowie andere Fördermitglieder wie auch persönliche Mitglieder.^[16]

Initiativkreis Zukunft (IKZ) Der seit Dezember 1999 bestehende Initiativkreis Zukunft (IKZ) der DWT ist eine Dialog- und Informationsplattform, die sich an Verantwortungs- und Entscheidungsträger in den Streitkräften, in der Bundeswehrverwaltung, Verteidigungswirtschaft, Politik, Wissenschaft oder Forschung richtet und regelmäßig Veranstaltungen organisiert.^[17]

Sektionen Die Sektionen sind die regionalen Interessensverbände der DWT, die sich das Bundesgebiet in 14 Regionen aufteilen.

Wehrtechnische Arbeitskreise (wt-AKs) Die Arbeitskreise sind etablierte Zusammenkünfte (von Mitgliedern) der DWT, die sich mit fachlichen Spezifika der Wehrtechnik befassen. Die Arbeitskreise sind etwa: „Arbeitskreis Akustik“, „Elektrische Energietechnik“, „Marine Workshop“, „Optik und Optronik in der Wehrtechnik“.^[18]

SGW

Die Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW) ist eine wirtschaftlich selbstständige Tochter der DWT, die Tagungen durchführt. Sie ist dabei dem Zweck der DWT verpflichtet und setzt sich entsprechend ein zur "Förderung von Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik[...]."^[19]

Im Rahmen von Vorträgen und Diskussionsrunden kommen Vertreter:innen von Streitkräften, der Verteidigungswirtschaft aber auch aus Forschung und Politik wie anderen Institutionen zusammen. Ausdrücklich ausgeschlossen seien von solchen Zusammenkünften "die konkrete Geschäftsanbahnung, jegliche Vertragsverhandlung, die Absprache über wirtschaftliches Handeln sowie die Beeinflussung von Entscheidungen."^[20]

Weiterführende Links

- [Fragwürdige Ehrenämter, die Rüstungslobby im Bundestag](#), Blogbeitrag von Christina Deckwirth, LobbyControl,
- [Nebenjobs in Lobbyvereinen: Wie die Rüstungsindustrie Politiker umgarnt](#), Blogbeitrag von Benita Schwab, Abgeordnetenwatch.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Ihre Vorteile](#), Webseite dwt, abgerufen am 11.10.2013
2. ↑ [Abgeordnete: Steuerprivileg von Lobbygruppen streichen](#), Stuttgarter Nachrichten, 31. August 2015, abgerufen am 02.09.2015
3. ↑ [DWT-Jahresplanung 2025 - Zentrale Veranstaltungen](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 25.03.2025
4. ↑ [Anmeldung zum Brüsseler DWT-Gespräch 2/2019](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 07.04.2022
5. ↑ [European Federation of Defence Technology Associations](#), Webseite der EDTA, abgerufen am 10.01.2022.
6. ↑ [Geschichte der GSP](#) Webseite der GSP, abgerufen am 10.01.2022.
7. ↑ [IZK Berliner Querschuss](#), dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
8. ↑ [Lobbyliste](#), Deutscher Bundestag vom 13.12.2021, abgerufen am 10.01.2021.
9. ↑ [DWT Intern 1-2021](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022
10. ↑ [Sind Sie auch schon Mitglied der DWT?](#), Perspektiven 2016 der Verteidigungswirtschaft, Konferenzbroschüre, dwt-sgw.de, abgerufen am 10.01.2022.
11. ↑ [\[1\]](#), Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
12. ↑ [\[2\]](#) Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
13. ↑ ^{13,013,1} [EU Transparenz Register Diehl Stiftung & Co. KG](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 26.03.2025
14. ↑ [EU Transparenzregister - Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 26.03.2025

15. ↑ Ihre Ansprechpartner - Die DWT und ihre Studiengesellschaft, dwt-sgw.de, abgerufen am 26.03.2025
16. ↑ Arbeitskreis Mittelstand Jahresbericht 2019, Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
17. ↑ Der Initiativkreis Zukunft (IKZ) der DWT - Denken ohne Schranken! - Der IKZ im Profil, dwt-sgw.de, abgerufen am 25.03.2025
18. ↑ Wehrtechnische Arbeitskreise, Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
19. ↑ Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
20. ↑ Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.

Netzwerkvereine

Neben Verbänden, Unternehmen und Lobby-Agenturen, die gegenüber Parlament und Regierung Interessenvertretung betreiben, spielen im Lobbyismus auch **Netzwerkvereine** eine große Rolle. Diese beschäftigen meist selber keine Lobbyist:innen und betreiben keine klassische Interessenvertretung. Ihr Zweck ist lediglich die Vernetzung und der „Wissensaustausch“ zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Dabei fungieren sie als Plattform für die Vernetzung unterschiedlicher Lobbyakteure und verschaffen ihren Mitgliedern über organisierte Gesprächsrunden privilegierte Zugänge zu politischen Entscheidungsträger:innen.

In einigen Netzwerkvereinen verfügen Politiker:innen und Mandatsträger:innen auch über eigene Positionen. Oftmals sind sie persönlich Mitglieder, zum Teil auch in Präsidium oder Vorstand. Über Netzwerkvereine kommt es so zu Organisationen mit expliziten Verknüpfungen zwischen Wirtschafts-/Lobbyakteuren und Politiker:innen, was bei amtierenden Mandatsträger:innen zu Interessenkonflikten führen kann. Im Folgenden werden Beispiele für Netzwerkvereine aufgeführt und näher erläutert.

Inhaltsverzeichnis

1 Adlerkreis	8
2 Amisa2	8
3 Collegium	9
4 Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.	9
5 Förderkreis Deutsches Heer e.V.	10
6 Finanzplatz München Initiative	10
7 Forum - Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik	10
8 Gaskoalition	11
9 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.	11
10 LobbyKreisBerlin	11
11 United Europe e.V.	12
12 Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.	12
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
14 Einzelnachweise	13

Adlerkreis

Der **Adlerkreis** ist ein 1972 im Godesberger "Hotel Adler" gegründeter vertraulicher Gesprächskreis in Berlin. Mitglieder sind unter anderem Hauptstadtrepräsentant:innen von Großkonzernen und wichtiger Wirtschaftsverbände. Im Juni 2024 gehörten dem Adlerkreis laut Lobbyregisterangaben 32 Mitglieder an^[1], darunter die **TUI AG**, der **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft**, **Diehl**, der **Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie**, **E.ON**, **Siemens**, **Mercedes-Benz** und **Porsche**.^[2]

Präsident des Adlerkreises ist Eckart von Klaeden, Leiter der Abteilung Politik und Außenbeziehungen der **Mercedes-Benz AG** und ehemaliger CDU-Politiker. Laut Lobbyregister-Angaben finden ca. 9-10 Mal im Jahr Gespräche mit Abgeordneten oder Mitgliedern der Bundesregierung, aber auch mit Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft statt.^[1]

Versammlungen finden regelmäßig auch in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, deren Räume dem Deutschen Bundestag gehören, statt.^[3] Zutritt zur Parlamentarischen Gesellschaft haben Abgeordnete ihr Leben lang, auch wenn sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament als Lobbyist:innen tätig sind. Als Ex-Parlamentarier:innen können sie auch andere Lobbyist:innen als Gäste mitbringen.

Weiterführende Informationen: [Das sind die Lobbyisten in Berlins Hinterzimmer-Clubs](#) - Cicero vom 30.11.2015

Amisa2

Amisa2 war ein informelles Frühstückstreffen, bei dem monatlich hochrangige EU-Entscheidungsträger:innen eingeladen wurden, um vor Cheflobbyist:innen großer Unternehmen zu sprechen. Die Treffen wurden seit 1994 organisiert und verschafften Unternehmen privilegierte Zugänge zu den EU-Institutionen. Zu den 19 Mitgliedern zählten unter anderem **Airbus**, **Allianz**, **BASF**, **BMW**, **BP**, **Exxonmobil**, **Lufthansa**, **Siemens** und **Total**.^[4]

Amisa2 wurde im Oktober 2014 erstmals ins Lobbyregister eingetragen. Seit Mai 2022 ist es dort nicht mehr vermerkt. Präsident und einziger Mitarbeiter der Organisation war Georg Brodach. Seit 1994 gab es über 290 Veranstaltungen. Eine Mitgliedschaft kostete 4.000 Euro jährlich.^[5]

Auch Mitglieder der EU-Kommission haben sich mehrmals mit Cheflobbyist:innen der Amisa2-Runde getroffen, ohne dies offenzulegen.^[5] Seit Dezember 2014 sind EU-Kommissar:innen und ihre Kabinettsmitglieder dazu verpflichtet, die Treffen öffentlich zu machen.

Eine Liste der Redner:innen bei den Amisa2 Treffen von 1994 bis 2016 findet sich [hier](#). Von 2016 bis 2022 bei [Lobbyfacts](#).

Weiterführende Informationen: [EU-Kommission verschweigt Treffen mit Google, Bayer und Co](#) - LobbyControl Blog vom 29. Juni 2016

Collegium

Das **Collegium** ist ein informelles Netzwerk von Hauptstadtvertreter:innen in Deutschland tätiger Unternehmen und Geschäftsführer:innen wichtiger Wirtschaftsverbände. Seine Mitglieder treffen sich im Rahmen von Gesprächen zu politischen Themen mit Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden. Das Collegium verfügt über keine eigene Rechtspersönlichkeit, keine Satzung bzw. Statuten, kein eigenes Budget und keine Geschäftsstelle. Im Jahr 2024 hatte das Collegium 44 Mitglieder.^[6] Dazu zählen unter anderem [Diehl](#), [Bertelsmann](#), [Allianz](#), [Google Germany](#), [Siemens](#), [BP Europa](#), [Microsoft Deutschland](#), [BMW](#) und [BASF](#).^[7]

Der Vorsitz des Collegiums wechselt jährlich zwischen den Cheflobbyist:innen der einzelnen Unternehmen.

Vorsitzende waren:

- 2024: Michelle Schmitz, Leiterin der Konzernrepräsentanz Berlin der [Allianz](#)^[6]
- 2022: Fabian Bahr, Direktor Berlin Office bei Giesecke+Devrient GmbH, Berlin
- 2015 : Markus Schulz, Leiter der Konzernrepräsentanz Berlin von [Evonik](#)
- 2012: Wolfgang Niedermark, Leiter des Berliner Büro der [BASF](#)^[8]
- 2011: Thomas Haberkamm, Leiter Public Affairs bei Linde

An einer Sitzung des Collegiums am 28. August 2014 nahm Helge Braun, Staatsminister beim Bundeskanzleramt, teil.^[9]

Ein früherer Vorsitzender, Wolf-Dieter Zumpfort von der [TUI AG](#), sagte 2003 in einem Interview, das Collegium sei eine „geballte Lobbymacht“, der sich kein Staatssekretär und kein Minister verweigern könne.

"Wen wir einladen vorzutragen, der kommt auch. Zuerst hält der Gast einen Vortrag und darauf folgt eine Diskussion ohne Block und Bleistift. Und wenn man hinterher am Ende dieser Veranstaltung auf den Gast zugeht, kann man Firmenanliegen vortragen. Der Gast wird schon sagen, wenden Sie sich an den oder den in meinem Haus und beziehen Sie sich auf die heutige Veranstaltung, und damit hat man einen Einstieg für das Lobbying gefunden."^[10]

Weiterführende Informationen: [Das sind die Lobbyisten in Berlins Hinterzimmer-Clubs](#) - Cicero vom 30.11.2015

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.

Die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.](#) (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter Netzwerkverein, der Treffen mit Vertreter:innen der Rüstungsindustrie, Bundestagsabgeordneten sowie Mitarbeiter:innen des Bundesverteidigungsministeriums organisiert. Zu den Mitgliedern zählen unter anderem [Rheinmetall](#), [Diehl Defence](#), [ThyssenKrupp](#), [Daimler](#) und [Airbus](#).

Im Präsidium des Vereins sitzen auch Mitglieder des Verteidigungsausschusses, darunter Kerstin Vieregge (CDU), Wolfgang Hellmich (SPD), Dirk Vöpel (SPD) und ehemals Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sowie [Florian Hahn](#) (CSU), [Henning Otte](#) (CDU) und Lars Klingbeil (SPD).

Die DWT veranstaltet Gesprächs- und Diskussionsrunden mit Gesprächspartner:innen aus Parlament, Ministerien, Arbeitskreisen und organisiert „parlamentarische Abende“. Unterstützt wird sie dabei auch von ihrem Tochterunternehmen: der Studiengesellschaft der DWT mbH. Sie gibt im Lobbyregister an, kein Geld für Interessenvertretung aufzuwenden und keine Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[11]

Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Der **Förderkreis Deutsches Heer e.V.** (FKH) ist ein Netzwerkverein der deutschen Rüstungsindustrie, der seinen Mitgliedern Zugänge besonders zu Mitgliedern des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag verschafft, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden. Mitgliedsunternehmen sind unter anderem [Rheinmetall](#), [Heckler & Koch](#), [Krauss-Maffei Wegmann](#), [Diehl](#), [Airbus](#), [Boeing](#), [friedrich30](#) und [ZF Friedrichshafen](#).

Im Vorstand des FKH sitzt Joe Weingarten, der bis 2025 MdB für die SPD und Mitglied im Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag war. Im Vereinspräsidium sind weiter Mitglieder des Verteidigungsausschusses vertreten: Wolfgang Hellmich (SPD), Reinhard Brandl (CSU), sowie bis November 2023 dessen ehemalige Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP).

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen.

Finanzplatz München Initiative

Die **Finanzplatz München Initiative** (fpmi) ist ein Zusammenschluss von 44 Unternehmen, Kreditinstituten, Versicherungen, Verbänden sowie wissenschaftlichen und staatlichen Institutionen, die laut Lobbyregisterangaben das Ziel verfolgen, „die Stellung Bayerns und insbesondere Münchens im internationalen Finanzplatzwettbewerb auszubauen“.^[12]

Die fpmi ist ausdrücklich als Netzwerkorganisation konzipiert, in der Unternehmen, Verbände, wissenschaftliche und staatliche Einrichtungen eng zusammenarbeiten. Die Gründung der fpmi im Jahr 2000 gehe dabei maßgeblich auf das bayerische Wirtschaftsministerium zurück, welches auch Mitglied der Initiative ist.^[13] Ein weiteres Mitglied ist die Bayerische Börse AG, deren Vorstand Andreas Schmidt auch Sprecher der Initiative ist.^[12] Weitere Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Die fpmi veröffentlicht Gutachten und Positionspapiere zu finanz- und wirtschaftspolitischen Themen und organisiert Veranstaltungen wie die „Business Breakfasts und Webinare“ für Führungskräfte der Mitgliedsunternehmen mit Referent:innen aus Wirtschaft und Politik.^[14]

Forum – Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik

Das **Forum - Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik** gibt im Lobbyregister an, ein informelles Netzwerk von in Berlin ansässigen Vertreterinnen und Vertretern in Deutschland tätiger Unternehmen, Verbände, und anderer Organisationen zu sein. Im Rahmen von Gesprächskreisen mit Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft und Gewerkschaften würden aktuelle politische Themen erörtert. Das Forum besteht laut Lobbyregisterangaben aus 50 Mitgliedern (ausschließlich natürliche Personen) und führt als Adresse die Hauptstadtadresse des Chemiekonzerns [BASF](#).^[15]

Gaskoalition

Die **Gaskoalition** bezeichnet sich selbst als „ein informelles Netzwerk von Vertreterinnen und Vertretern in Deutschland tätiger Unternehmen entlang der Wertschöpfungsstufe von Gas“ und gibt an, sich untereinander zu politischen Themen auszutauschen und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden und NGOs zu Gesprächen zusammenzutreffen.^[16]

Laut Lobbyregisterangaben sind 19 ausschließlich juristische Personen Mitglied der Gaskoalition, darunter die Deutsche **Shell Holding**, **bayernets**, **Open Grid Europe**, **BP Europa**, **Total Energies**.^[17] Als Sitz wird die Adresse des Energiekonzerns **EnBW** angegeben.^[16]

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.** veranstaltet regelmäßig Sitzungen und sogenannte Expert:innengespräche in Räumen des Bundestags. Dabei wird über Themen zur laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen oder ein Regelungsbedarf absehbar sind, gesprochen. Der Verein bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertretern der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarische Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.

Eine entscheidende Rolle spielen dabei die Beiräte, die sich an den Ausschüssen des Bundestages orientieren. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder – teils sogar Vorsitzende – der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Sitzungen finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestags statt. Termine, Themen und Teilnehmer:innen der Beiratssitzungen sind für die Öffentlichkeit unzugänglich.

LobbyKreisBerlin

Der **LobbyKreisBerlin** hat sich im August 2022 als „Netzwerk von Interessenvertreter:innen“ in das Lobbyregister eingetragen. Sein Ziel sei „die Vernetzung und der Austausch zwischen den Mitgliedern, sowie das Gespräch mit Stakeholdern aus dem politiknahen Umfeld“.^[18]

Laut Lobbyregisterangaben besteht der Kreis aus 21 natürlichen Personen und teilt sich eine Adresse mit dem deutschen Büro des finnischen Kraftstoff- und Chemikalienhersteller **Neste Germany**. Dessen Cheflobbyist, Marco Lietz, der auch Mitglied der **Gesellschaft für Wehrtechnik** ist, ist erster Sprecher des LobbyKreisBerlin.^[19]

Eine weitere Sprecherin des LobbyKreisesBerlin ist Savina Lobina, die seit November 2024 Lobbyistin beim **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft** (GDV) ist. Von 2016 bis 2021 arbeitete sie für CDU /CSU Abgeordnete im Deutschen Bundestag, darunter fast vier Jahre für Matthias Hauer (MdB)^[20], der als Obmann der CDU im Finanzausschuss ist. Lobina vollzog somit einen **Seitenwechsel** von Politik in die Finanzlobby.^[21] Weitere Mitglieder vertreten unter anderem die Unternehmen **Continental AG** und **Volkswagen AG**.^[22]

United Europe e.V.

United Europe e.V. bringt prominente Vertreter:innen der Wirtschaft, Lobbyist:innen, wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen und Politiker:innen aus Europa zusammen. Der Verein beschreibt sich selbst als einen "pro-europäischen, gemeinnützigen Verein, der die friedliche Entwicklung eines pro-europäischen Bewusstseins, pro-europäischer Handlungsweisen und die Verständigung zwischen den Völkern fördert." Ziel sei, "dass Europa in der Welt wettbewerbsfähig bleibt". Mitglieder des Vereins sind unter anderem **BASF**, **Siemens**, **Meta**, **British American Tobacco** und **E.ON**.

Präsident ist der Multi-Lobbyist **Günther Oettinger** (CDU). Zu den Vorstandsmitgliedern gehörte bis 2020 **Friedrich Merz**, CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat der Union. Oettinger verfügt immer noch über exzellente Beziehungen zur Europäischen Kommission. So finden Veranstaltungen von United Europe in der Vertretung der Kommission in Berlin unter der Mitwirkung ihrer Repräsentant:innen statt. Dies eröffnet Lobbyist:innen die Einflussnahme auf die Ausrichtung der Kommission und die Möglichkeit, Kontakte mit ihren Vertretern zu knüpfen.

Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.

Der 1952 gegründete **Wirtschaftspolitische Club Deutschland** (WPCD) ist ein Netzwerkverein, der sich als „Impulsgeber für Politik und Wirtschaft“ beschreibt. Er vereint nach eigenen Angaben Repräsentant:innen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, sowie aus Verbänden und Diplomatie, um eine „Plattform für den Dialog im Umfeld der Bundesregierung zu bilden.“ ^[23]

Der WPCD gibt in seiner Satzung an, ausschließlich gemeinnützige Zwecke zu verfolgen. Dies geschehe durch die „Förderung der Bildung“ mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik unter anderem durch Vorträge, Studienfahrten und Preisverleihungen (siehe unten).

Er organisiert diverse Veranstaltungen - politische Mittag- und Abendessen, Besichtigungen, Versammlungen, Empfänge und Partys - bei denen „Networking in der Atmosphäre eines Clubs und politischer Diskurs auf hohem Niveau“ stattfindet. Ein Überblick über vergangene Veranstaltungen ist [hier](#) abrufbar.

Der Verein setzt sich aus Präsidium, Beirat und Ehrenmitgliedern zusammen. Präsident ist Ansgar Tietmeyer, Lobbyist der Finanzberatungsagentur twp Berlin **Public Affairs**. Im Beirat sind unter anderem die Unternehmen **Deutsche Bank**, **BASF** und **Thyssenkrupp** über Mitglieder vertreten.

Auf der Webseite gibt es die Möglichkeit einen Mitgliedsantrag zu stellen. Dabei wird unter anderem abgefragt, welche Mitglieder man bereits persönlich kennt. ^[24] Insgesamt verfügt der Verein laut Lobbyregisterangaben über 143 Mitglieder (davon 132 natürliche und 11 juristische Personen). ^[25] Dazu zählen unter anderem der **Bundesverband für strukturierte Wertpapiere**, **Deutscher Mittelstands-Bund**, **Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse**, **Philip Morris**, **Verband öffentlicher Versicherer**, **UPS Deutschland**, **ZVEI - Verband der Elektro- und Digitalindustrie**, **Audi**, sowie der **Bundesverband der Deutschen Industrie**. ^[26] Der WPCD gibt zwischen 20.000 und 23.000 Euro jährlich für Interessenvertretung aus. ^[25]

Der WPCD verleiht seit 2010 den „Preis für eine Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft“. 2023 ging dieser an die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm, die auch im Siemens Energy Aufsichtsrat sitzt. Ihre Laudatio wurde von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen) gehalten.^[27]

Von 1999 bis 2006 vergab das WPCD den Detlev-Rohwedder-Preis für „herausragende Verdienste um die Deregulierung in der Sozialen Marktwirtschaft“.^[28] Dieser ging zuletzt an Bert Rürup, einen ehemaligen Wirtschaftsweisen, der maßgeblich am Ausbau der staatlichen Förderungen für private Zusatz-Rentenversicherungen beteiligt war und der später zusammen mit Carsten Maschmeyer die MaschmeyerRürup AG führte.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Lobbyregistereintrag Adlerkreis](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
2. ↑ [Adlerkreis Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
3. ↑ [Das sind die Lobbyisten in Berlins Hinterzimmer-Clubs](#), cicero.de, 30.11.2015, abgerufen am 23.04.2025
4. ↑ [Amisa2 Lobbyfacts](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 23.04.2025
5. ↑ ^{5,05,1} [Lobbying over croissants and coffee](#), corporateeurope.org, 25.05.2016, abgerufen am 23.04.2025
6. ↑ ^{6,06,1} [Collegium Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
7. ↑ [Collegium Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
8. ↑ [Niedermark leitet Berliner Lobbyzirkel "Collegium"](#), prreport.de, 09.01.2012, abgerufen am 23.04.2025
9. ↑ [Drucksache 18/2976 Schriftliche Fragen](#), dserver.bundestag.de, 20.10.2014, abgerufen am 23.04.2025
10. ↑ ["Getrennt marschieren, vereint schlagen" - Interview mit Wolf-Dieter Zumpfort](#), link.springer.com, 2003, abgerufen am 23.04.2025
11. ↑ [DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WEHRTECHNIK e. V. Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
12. ↑ ^{12,012,1} [Finanzplatz München Initiative Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
13. ↑ [FPMI Institutionen](#), fpmi.de, abgerufen am 23.04.2025
14. ↑ [fpmi Imagebroschüre 2024](#), fpmi.de, abgerufen am 23.04.2025
15. ↑ [Forum Gesprächskreis für Wirtschaft und Politik Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
16. ↑ ^{16,016,1} [Gaskoalition Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025

17. ↑ [Gaskoalition Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
18. ↑ [LobbyKreisBerlin Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
19. ↑ [Marco Lietz LinkedIn](#), linkedin.com, abgerufen am 23.04.2025
20. ↑ [Savina Lobina LinkedIn](#), linkedin.com, abgerufen am 23.04.2025
21. ↑ [Mehr Klarheit über die mächtige Finanzlobby - Finanzwende e.V.](#), finanzwende.de, Januar 2025, abgerufen am 23.04.2025
22. ↑ [LobbyKreisBerlin Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
23. ↑ [WCPD Webseite](#), wcpd.de, abgerufen am 23.04.2025
24. ↑ [WCPD Mitgliedschaft](#), wcpd.de, abgerufen am 23.04.2025
25. ↑ ^{25.025.1} [Wirtschaftspolitischer Club Deutschland Lobbyregistereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
26. ↑ [Wirtschaftspolitischer Club Deutschland Mitgliedschaften Suche Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.04.2025
27. ↑ [70 Jahre Wirtschaftspolitischer Club Deutschland und Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft 2022](#), politik-kommunikation.de, 16.01.2023, abgerufen am 23.04.2025
28. ↑ [WCPD Preisverleihungen](#), wcpd.de, abgerufen am 23.04.2025

Gesellschaft für Sicherheitspolitik

Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) bezeichnet sich als sicherheitspolitische Bildungsinstitution.^[1] Seit 1953 ist das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Zuwendungsgeber für die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit des Vereins.^[2] Mitglieder sind unter anderem Parlamentarier und Angehörige der Bundeswehr. Zu ihren Partnerorganisationen gehört die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) (DWT), die von der Rüstungs- und Sicherheitswirtschaft dominiert wird.

Gesellschaft für Sicherheitspolitik

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Sicherheitspolitik
Gründungsdatum	05.01.1952
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle Wenzelgasse 42, 53111 Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.gsp-sipo , bis 2014: www.gfw-sicherheitspolitik.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	15
2 Aktivitäten	15
3 Organisationsstruktur und Personal	15
3.1 Präsidium	15
3.2 Organe	16
3.3 Kuratorium	16
3.4 Mitglieder	16
4 Partner	16

5 Finanzierung	16
6 Fallstudien und Kritik	17
6.1 Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft in GfW-Kuratorium	17
7 Weiterführende Informationen	17
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
9 Einzelnachweise	17

Kurzdarstellung

Die **Gesellschaft für Sicherheitspolitik** e.V. (GSP) wurde 1952 unter dem Namen "Gesellschaft für Wehrkunde" gegründet und danach in "Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik" (GfW) umbenannt. Seit Oktober 2014 trägt sie ihren jetzigen Namen "Gesellschaft für Sicherheitspolitik".

Die GSP sieht ihre Aufgabe darin, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in den öffentliche Diskurs einzubringen und folglich der Bevölkerung ihre Vorstellungen zu kommunizieren. Sie ist bundesweit aufgestellt und gliedert sich in sieben Landesbereiche, denen rund 100 Sektionen regional zugeordnet sind.

^[3] Das Publikationsorgan der GSP ist die im Mittler Report Verlag erscheinende Zeitschrift "Europäische Sicherheit und Technik". Die Zeitschrift wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung/der Bundeswehr herausgegeben und ist neben der GSP noch Organ der Clausewitz-Gesellschaft e.V. sowie der Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe e.V. (IDLw).^[4]

Aktivitäten

Als Aktivitäten werden hervorgehoben ^[5]:

- Ehrenamtliche Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Einsatz für die allgemeine Verteidigungsbereitschaft, die Integration Deutschlands in die EU, die Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft und die Friedensmissionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Das **Präsidium** besteht aus einem Präsidenten und bis zu sieben Vizepräsidenten. Zusammen mit den Landesvorsitzenden und dem Geschäftsführer stellt das Präsidium den Bundesvorstand. Zu den Mitgliedern gehören u.a.:

- Hans-Peter Bartels (Präsident), ehem. MdB (SPD) und ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
- Reinhard Brandl (Vizepräsident), MdB (CSU), Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr" des Deutschen Bundestages, Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#), Vorsitzender des Beirats "Sicherheit und Verteidigung" der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Kersten Lahl (Vizepräsident), Generalleutnant a.D., ehem. Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

- Alexander Müller (Vizepräsident), MdB (FDP), Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, Mitglied in folgenden Aufsichtsräten: 3SOFT S.A., Katowice, Polen, Bitcoin Group SE, futurum Bank AG
- Peter Tauber (Vizepräsident), Geschäftsführer der Deutschen Unternehmensverbands Vermögensberatung, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung a.D., ehem. Generalsekretär der CDU

(Stand: September 2023)

Organe

- Bundesversammlung als oberstes Organ, besteht aus dem Bundesvorstand und den Sektionsleitern.
- Landesbereichsversammlung als Zwischenorgan, besteht aus dem Landesvorsitzenden und den jeweiligen Sektionsleitern.
- Sektionsmitgliederversammlung als lokales Organ, besteht aus dem Sektionsleiter und den Mitgliedern.^[6]

Kuratorium

Mitglieder des [Kuratoriums](#) sind u.a.

- Claus Günther, Präsident [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#), bis 2019 CEO von Diehl Defence, einem Partner der Bundeswehr in den Bereichen bodengebundene Luftverteidigung, Lenkflugkörper, Munition, Trainings- und Schutzsysteme^[7]
- Eva-Maria Klein, Präsidentin der Universität der Bundeswehr
- André Wüstner, Bundesvorsitzender des Deutschen BundesWehrverbands

(Stand: September 2023)

Mitglieder

Die GPS hat nahezu 7.000 Mitglieder^[8] Einzige Bedingungen für die Mitgliedschaft sind ein klares Bekenntnis zur rechtsstaatlichen und freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Anerkennung der satzungsgemäßen Zielsetzungen der GSP.^[9]

Partner

Partner sind: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Verband der Reservisten der Bundeswehr, Deutscher Bundeswehrverband, [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#), Monatszeitschrift „Europäische Sicherheit & Technik“

Finanzierung

Der Verein finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuwendungen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung.^[10] Deren Höhe muss jedes Jahr neu verhandelt und vom Parlament beschlossen werden.

Fallstudien und Kritik

Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft in GfW-Kuratorium

LobbyControl veröffentlichte in ihrer Studie "Nebentätigkeiten: Transparenz ungenügend" aus dem Jahr 2009 verheimlichte Nebentätigkeiten von Abgeordneten. "Christian Schmidt (CDU): Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung hat eine Kuratoriumsmitgliedschaft bei der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. (GfW) nicht veröffentlicht. Auch Ernst-Reinhard Beck (CDU) und Walter Kolbow (SPD) haben ihre Mitgliedschaft im GfW-Kuratorium nicht angegeben."^[11]

Weiterführende Informationen

- [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Leitbild](#), gsp-sipo.de, abgerufen am 10.09.2023
2. ↑ [Programmheft zum 70-Jahre-Jubiläum der GSP](#), gsp-sipo.de, abgerufen am 10.09.2023
3. ↑ [GfW e.V. - Willkommen](#), gfw-ev.de, abgerufen am 05.02.2014
4. ↑ [Europäische Sicherheit & Technik: Home](#), esut.de, abgerufen am 05.02.2014
5. ↑ [Programmheft zum 70-Jahre-Jubiläum der GSP](#), gsp-sipo.de, abgerufen am 10.09.2023
6. ↑ [GfW eV - Neuigkeiten](#), gfw-ev.de, abgerufen am 06.02.2014
7. ↑ [Weltklasse aus Europa](#), diehl.com, abgerufen am 10.09.2023
8. ↑ [Leitbild](#), gsp-sipo.de, abgerufen am 10.09.2023
9. ↑ [Mitglied werden](#), gsp-sipo., abgerufen am 10.09.2023
10. ↑ [Spenden](#), gsp-sipo.org, abgerufen am 10.09.2023
11. ↑ [Nebentätigkeiten: Transparenz ungenügend](#) lobbycontrol.de von September 2009, abgerufen am 03.10.2015

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige
Politik (DGAP)

Die **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)** ist ein Thinktank, der sich als nationales Netzwerk für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik versteht. Zu den Mitgliedern der DGAP zählen sowohl natürliche Personen als auch Unternehmen. ^[1]

Die DGAP finanziert sich neben Projektmitteln und Bundeszuschüssen maßgeblich durch den Fördererkreis. Zu den Förderern gehören auch Unternehmen der Rüstungswirtschaft. ^[2]

Das Präsidium der DGAP besteht u.a. aus aktiven und ehemaligen Politiker:innen. Die DGAP agiert somit als Forum, in welchem exklusive Treffen zwischen Politiker:innen sowie Vertreter:innen der (Rüstungs-)Wirtschaft ermöglicht werden.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Aktivitäten	18
2 Struktur und Finanzen	19
2.1 Vorstand	19
2.2 Präsidium	19
2.3 Mitglieder	19
2.4 Finanzierung	20
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	20
4 Fallbeispiele und Kritik	20
4.1 Lobbyisten in Ministerien	20
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
6 Einzelnachweise	20

Kurzdarstellung und Aktivitäten

Die DPAG unterhält ein eigenes Forschungsinstitut mit außenpolitischen ExpertInnen, das jährlich zahlreiche Studien und Analysen zu aktuellen außenpolitischen Themen veröffentlicht. Darüber hinaus betreibt sie die einzige öffentlich zugängliche Bibliothek zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und gibt die Zeitschrift "Internationale Politik" (IP) heraus. Unter Beteiligung von hochrangigen Entscheidern aus Politik und Wirtschaft organisiert und moderiert sie in zahlreichen Fachkonferenzen, Gesprächskreisen sowie Studien- und Projektgruppen die Diskussion außenpolitischer Themen

Im Rahmen von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Kamingespräche erhalten die Mitglieder der DGAP Gelegenheit, sich mit hochrangigen Entscheidern aus dem In- und Ausland über Grundfragen und aktuelle Themen der Außenpolitik auszutauschen..

Struktur und Finanzen

Vorstand

- Präsident: [Thomas Enders](#), ehem. Vorstandsvorsitzender von Airbus ^{[3][4]}
- Vizepräsident: [Rolf Nickel](#), ehm. dt. Botschafter in Polen
- Schatzmeister: [Georg Waldersee](#)
- [Jutta von Falkenhausen](#)
- [Carsten Berger](#)
- [Geraldine Schroeder](#)
- [Daniela Schwarzer](#)
- [Veronika Grimm](#)

Präsidium

- [Jürgen Hardt](#)
- [Wolfgang Ischinger](#)
- [Eckart von Klaeden](#)
- [Elmar Brok](#) (ehem. Mitglied)
- [Alexander Graf Lambsdorffs](#)
- [Joachim Lang](#)
- [Anja Langenbacher](#)
- [Claudia Nemat](#)
- [Christopher von Oppenheim](#)
- [Norbert Röttgen](#)
- [Jürgen Trittin](#)
- [Nathalie Tocci](#)
- [Johann Wadephul](#)

Der vollständige Liste des Vorstands und des Präsidiums sind hier ^[5] abrufbar.

Mitglieder

Bei der DPAG gibt es persönliche Mitgliedschaften sowie Mitgliedschaften für Unternehmen, Institutionen, Journalisten und Botschaften. Die Gesamtzahl der Mitglieder liegt bei über 2.500. (Stand: Ende 2014). Zu den Großspendern (Spenden mit über 100.000 Euro) gehören [Airbus](#), das Auswärtige Amt, die [BMW Stiftung](#) [Herbert Quandt](#), die [Robert-Bosch-Stiftung](#), die [Deutsche Bank](#), die [Dr. Arend Oetker Holding](#) und die [Otto Wolff Stiftung](#).

Finanzierung

Die Arbeit der DGAP wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung zahlreicher Stiftungen, Botschaften, Verbände und international agierender Unternehmen finanziert.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Die DPAG ist Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN). Gemeinsam mit dem [Initiativkreis Zukunft](#) (IKZ) der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#) und den [Young Leaders](#) des [Förderkreises Heer](#) organisiert sie die Veranstaltungsreihe „Berliner Querschuss“.^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Die DGAP hatte einen Mitarbeiter im Außenministerium.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	03.10.2008 - 17.08.2011 ^[7]
Mitarbeiter	wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz Deutsche Botschaft Hanoi, Tätigkeit als Leiter des Wissenschaftsreferates der Botschaft

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [DGAP-Präsidium](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
2. ↑ [Fördererkreis der DGAP](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
3. ↑ [Thomas Enders](#) helsing.ai, abgerufen am 18.01.2024
4. ↑ [Ex-Airbus-CEO Enders soll Aufsichtsratschef werden](#) handelsblatt.com, abgerufen am 18.01.2024
5. ↑ [Die Organe der Gesellschaft](#), dgap.org, abgerufen am 17.01.2024
6. ↑ [IKZ Berliner Querschuss](#), dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
7. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008](#)

Förderkreis Deutsches Heer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Förderkreis Deutsches Heer

Der **Förderkreis Deutsches Heer (FKH)** ist ein Netzwerkverein der deutschen Rüstungsindustrie und verschafft seinen Mitgliedern privilegierte Zugänge zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Damit ähnelt der FKH der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und - mit Abstrichen - der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP)



Mitgliedsunternehmen des FKH sind u.a. Rheinmetall, Heckler & Koch, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, Airbus, Boeing, friedrich30 und ZF Friedrichshafen.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Rüstungsindustrie
Gründungsdatum	1985
Hauptsitz	Adenauerallee 15, 53111 Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.fkhev.de

Im dreiköpfigen Vorstand des FKH sitzt Joe Weingarten, bis 2025 MdB für die SPD und Mitglied im Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag. Im Vereinspräsidium sind weiter Mitglieder des Verteidigungsausschusses vertreten: Wolfgang Hellmich (SPD), Reinhard Brandl (CSU), sowie bis November 2023 dessen ehemalige Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	22
2 Lobbystrategien und Einfluss	22
3 Fallstudien und Kritik	22
3.1 2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V. ...	22
3.2 2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.	23
3.3 2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE	23
3.4 2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag	24
3.5 2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH	24
4 Organisationsstruktur und Personal	24
4.1 Vereinsvorstand	24
4.2 Vereinspräsidium	24
4.3 Mitgliedsfirmen	25
5 Finanzen	25
6 Weiterführende Informationen	25
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
8 Einzelnachweise	25

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. ist eine 1995 gegründete Lobbyorganisation der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ziel des Vereins ist es, den Mitgliedern Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen zu verschaffen. Nach eigenen Angaben ist der Zweck aber auch "die Förderung gemeinschaftlicher Interessen der Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft, [...] sowie deren Vertretung gegenüber nationalen und internationalen Organisationen und Stellen."^[1]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Einbindung von Parlamentarier:innen, zu denen auch Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses gehören, in den Förderkreis Deutsches Heer (FKH) verschafft der Rüstungsindustrie einen privilegierten Zugang zu Personen, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden.

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen. Die Veranstaltungen sind auf der [Website](#) abrufbar.

Mit dem Arbeitskreis "Young Leaders" des FKH sollen junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Heer schon frühzeitig vernetzt werden.^[2] Der FKH veröffentlicht weiterhin den InfoBrief Heer, der zweimonatlich in gedruckter sowie einer Online-Fassung erscheint.^[3]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen antwortete die Bundesregierung, dass sie in der engen Zusammenarbeit von Rüstungsindustrie und Parlamentarier:innen kein Problem sieht.^[4]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Förderkreis Deutsches Heer an (Stand: März 2025) im Jahr 2023 mindestens 1.110.000 Euro für Lobbytätigkeiten ausgegeben zu haben und einen Lobbyisten zu beschäftigen.^[5]

Fallstudien und Kritik

2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V

In einem Interview mit Tilo Jung im Juni 2023 äußerte sich die ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und FDP-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu ihrer Funktion im Förderkreis Deutsches Heer. Die Frage, ob sie sich vor dem Hintergrund ihrer Präsidiumsmitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V als Lobbyistin bezeichne, verneinte Strack-Zimmermann wiederholt. Obwohl Jung sie darauf hinwies, dass sich sowohl der Förderkreis Deutsches Heer als auch die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) als Lobbyorganisationen verstehen, blieb Strack-Zimmermann bei ihrem Urteil. Strack-Zimmermann war bis Mai 2023 Präsidiumsmitglied in der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und bis November 2023 im Präsidium des Förderkreis Deutsches Heer. "Das sind zwei Rüstungslobbys wo du Mitglied bist, du bist aber keine Lobbyistin?" fragte Tilo Jung. "Nein ich bin keine Lobbyistin" so Strack-Zimmermann.^[6]

Sie sehe ihre Rolle nicht darin, der Rüstungsindustrie durch ihre Tätigkeit zu mehr Profit zu verhelfen. "Ich lobbyiere für die Sicherheit der Menschen in diesem Land und darüber hinaus in Europa."^[6]

LobbyControl kritisierte bereits 2022 die Positionen Strack-Zimmermanns in der Rüstungslobby. Ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und ihre Funktion als Präsidiumsmitglied des Förderkreises Deutsches Heer sei nicht vereinbar. "Damit steht und spricht sie auch für die Organisation. Mehr Abstand wäre für eine Ausschussvorsitzende wünschenswert", so Timo Lange, Campaigner für Lobbyregulierung bei LobbyControl^[7].

2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Lars Klingbeil, seit Dezember 2021 Bundesvorsitzender der SPD, äußerte sich 2018 auf Anfrage bei *abgeordnetenwatch.de* zu seiner ehemaligen Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer: „Als ich von der SPD-Fraktion gefragt worden bin einen Platz im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer zu besetzen habe ich zugesagt, weil dort wichtige Debatten zur Zukunft des Heeres geführt werden und ich meine Perspektive mit den Erfahrungen aus meiner Heimatstadt Munster in die Debatten einbringen wollte. Die Mitgliedschaft im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer habe ich unter anderem auf meiner Abgeordnetenseite des Deutschen Bundestages dokumentiert.

Inzwischen nehme ich diese Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises nicht mehr war, aber habe von meinem parlamentarischen Engagement für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nichts zurück zu nehmen.“^[8]

2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Im März 2010 stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage in der sie unter anderem die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie dem Förderkreis Deutsches Heer, der **Gesellschaft Sicherheitspolitik** (GSP) und der **Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) infrage stellt.

Unternehmen, die Mitglieder des DWT und des FKH sind, haben zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Mio. Euro an **CDU**, **CSU**, **FDP** und **SPD** gespendet.

2005 - 2010 erhielten CDU und CSU von der **Würth-Gruppe**, der **Commerzbank AG**, **Daimler AG**, **EADS**, **Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG**, **Rheinmetall AG**, **SAP Deutschland AG & CO. KG**, **ESG Elektronik System und Logistik GmbH**, **Rohde & Schwarz GmbH** und der **Zeppelin-Gruppe** insgesamt 2.020.450 Euro. Die SPD erhielt von der **Daimler AG**, **EADS** und **Commerzbank AG** insgesamt 1.151.000 Euro.

Die FDP bekam von der **Commerzbank AG**, der **Daimler AG**, der **Würth-Gruppe** und **Rheinmetall AG** insgesamt 501.900 Euro. Außerdem stellt die LINKE in ihrer kleinen Anfrage die Vermutung an, "dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern."^[4]

2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag

Im Dezember 2009 berichtete der Spiegel, dass die Abgeordneten [Bernd Siebert](#) und [Johannes Kahrs](#), beide Mitglieder im FKH, die Anschaffung von Patrouillen-Fahrzeugen im Interesse der Rüstungsindustrie verzögert hatten. Die beiden Abgeordneten zögerten den Kauf eines vom Verteidigungsministerium favorisierten Patrouillenfahrzeuges des Rüstungskonzerns [Mowag](#) hinaus. So erhofften sie sich das Konkurrenzprodukt des Rüstungsunternehmens [Krauss-Maffei Wegmann](#) (KMW), ebenfalls Mitglied im FKH, in eine bessere Position für den Auftrag zu bringen. Die Wahlkreise der beiden Abgeordneten Siebert und Kahrs hatten laut Angaben des Spiegels über mehrere Jahre größere Spenden von KMW erhalten.^[9]

2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH

Im August 2009 deckte die Nachrichtenagentur dpa auf, dass mehrere Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten bei rüstungsnahen Vereinen verschwiegen hatten. Unter anderem waren darunter die beiden SPD-Abgeordneten [Gerd Höfer](#) und [Johannes Kahrs](#), die beide Mitglieder im Präsidium des FKH waren. Beide hatten bestritten, dass es eine Veröffentlichungspflicht gebe. Als Mitglied des Verteidigungsausschuss äußerte sich Höfer wie folgt: „Die Tätigkeit ist ehrenamtlich, braucht also nicht angezeigt werden.“ Jedoch mussten sie nach den Verhaltensregeln für Abgeordnete offen gelegt werden.^[10]

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

- Wolfgang Köpke, Präsident, Generalleutnant a.D.
- [Ralf Ketznel](#), Vizepräsident Industrie, Vorsitzender der Geschäftsführung beim Rüstungskonzern [Krauss-Maffei Wegmann](#)
- Joe Weingarten, Vizepräsident Politik, bis 2025 MdB für die SPD, ehemaliges Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestag (zuvor: Henning Otte, Vizepräsident Politik, MdB für die CDU, Stellv. Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags^[11])

Stand März 2025:

Vereinspräsidium

Das Präsidium besteht aus mindestens 12 und höchstens 15 gewählten Mitgliedern, die auf der FKH-Webseite nicht genannt werden. Mitglieder sind unter anderem:

- Wolfgang Hellmich, MdB für die SPD^[12]
 - Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr"
 - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
- Reinhard Brandl, MdB für die CSU^[13]
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium „Sondervermögen der Bundeswehr“
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)

- Vorsitzender des Beirats „Sicherheit und Verteidigung“ der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

bis November 2023 war [Marie-Agnes Strack-Zimmermann](#) (FDP), ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied des Vereinspräsidiums

(Stand: März 2025)

Mitgliedsfirmen

Fast alle wichtigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Arbeit des Vereins als [fördernde Mitglieder](#). Hierzu gehören z.B. [Boeing Deutschland](#), [Glock](#), [Heckler & Koch](#), Lufthansa Technik, [Mercedes-Benz](#) und [Rheinmetall](#).

Finanzen

Der Etat wird überwiegend durch Mitgliedsbeiträge finanziert.^[14]

Weiterführende Informationen

- [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraction - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Vereinszweck](#), fkhev.de, abgerufen am 12.07.2023
2. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V.: Arbeitskreis Young Leaders](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
3. ↑ [Förderkreis Deutsche Heer e.V.: InfoBrief Heer](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
4. ↑ ^{4,04,1} [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraction - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#), bundestag.de vom 21.04.2010, abgerufen am 04.02.2014
5. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V. lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 25.03.2025
6. ↑ ^{6,06,1} [Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann \(FPD\) - Jung & Naiv: Folge 646](#) youtube.de, 15.06.2023, abgerufen am 23.06.2023
7. ↑ [Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie? Lobbycontrol kritisiert Strack-Zimmermann](#) presseportal.de, 08.05.2022, abgerufen am 23.06.2023
8. ↑ [Frage an Lars Klingbeil \(SPD\)](#) abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 28.04.2022
9. ↑ [Schraube locker](#), spiegel.de, 06.12.2009, abgerufen am 04.02.2014
10. ↑ [Mitgliedschaft verschwiegen: Nähe zur Rüstungslobby](#), rundschau-online.de, abgerufen am 04.02.2014
11. ↑ [Henning Otte](#), Webseite, abgerufen am 23.06.2023.

12. ↑ Wolfgang [Hellmich](#), Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
13. ↑ [Reinhard Brandl](#), bundestag.de, abgerufen am 09.09.2023
14. ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.03.2025

Rheinmetall

Die **Rheinmetall AG** ist eine der führenden deutschen Hersteller von Rüstungsgütern.^[1] Die Firma profitiert oft von staatlichen Aufträgen und betreibt Lobbyismus auf Bundes- und EU-Ebene. Dabei hat sie über Verbände und Netzwerkvereine wie den [Förderkreis Deutsches Heer](#), die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#), den [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#), den [Wirtschaftsrat der CDU](#) oder das [Wirtschaftsforum der SPD](#) direkten Draht zu Politiker:innen.

Das Bundeskartellamt genehmigt im Januar 2025 die Gründung eines Joint Ventures zwischen der Rheinmetall AG und [Aerospace, Defence and Security | Leonardo](#) Zu gleichen Teilen sind die Unternehmen an dem Joint Venture [Leonardo - Rheinmetall Military Vehicles](#) beteiligt.

Im Februar 2025 wurde durch eine ZEIT Recherche bekannt, dass eine Tochterfirma von Rheinmetall im Januar 2025 mindestens acht Abgeordneten, die in Haushalts- und Verteidigungsausschüssen an der Vergabe von Rüstungsaufträgen beteiligt waren, Geld für ihren Wahlkampf geboten hatte.^[2]

Seit Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (SPD, Bundesminister a.D.) Mitglied im Aufsichtsrat.

In der Vergangenheit kam es zu mehreren Seitenwechseln von Abgeordneten zur Rheinmetall AG.

Im Mai 2017 wurde der ehemalige Bundesverteidigungsminister und zeitweise Bundesarbeitsminister [Franz-Josef Jung](#) (CDU) in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt.

Seit Januar 2015 ist der ehemalige Entwicklungsminister [Dirk Niebel](#) (FDP) als Cheflobbyist für Rheinmetall tätig.

Rheinmetall AG	
Branche	Automobil- /Rüstungsindustrie
Hauptsitz	Rheinmetall Platz 1, 40476 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Square de Meeûs 21, 1050 Brüssel
Webadresse	www.rheinmetall.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder und Finanzen	27
2 Unternehmensstruktur	27
2.1 Vorstand	27
2.2 Aufsichtsrat	27
2.3 Cheflobbyist	28
2.4 Angaben im Lobbyregister der EU	28
2.5 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag	28
2.6 Mitgliedschaften	28
3 Fallbeispiele und Kritik	29
3.1 Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025	29
3.2 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025	29
3.3 Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018	30

3.4 Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014	31
3.5 Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)	31
3.6 Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)	32
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
5 Weiterführende Links	32
6 Einzelnachweise	32

Geschäftsfelder und Finanzen

Die Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist auf dem Gebiet der Automobilzulieferung und der Verteidigungstechnik tätig. 2024 lag der Konzernumsatz bei 9,75 Milliarden Euro (35,9% mehr als im Vorjahr).^[3] Die Rheinmetall AG beschäftigt über 31.000 Mitarbeitende.^[4]

Zum 1. März 2026 hat Rheinmetall die Übernahme des militärischen Bereichs von [Naval Vessels Lürssen](#) (NVL B.V. & Co. KG), Bremen-Vegesack, abgeschlossen.^[5] Die NVL war eine privat geführte Werftengruppe mit vier Werften in Norddeutschland (Peene-Werft / Wolgast, Blohm+Voss und Norderwerft/ Hamburg, Neue Jadewerft/ Wilhelmshaven) sowie internationalen Standorten. Sie beschäftigt gut 2.100 Mitarbeitende weltweit, erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024 einen Umsatz von rund 1 MrdEUR und gilt als Vorreiter in der Forschung und Entwicklung autonomer maritimer Überwassersysteme.

Unternehmensstruktur

Vorstand

- Armin Papperger (Vorstandsvorsitzender), Präsident des [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV)
- Vera Saal
- Klaus Neumann
- René Gansauge

(Stand: März 2025)

Quelle: ^[6]

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

- Im Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (Bundesminister a.D.) von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt werden.
- 2017 wurde Franz-Josef Jung (CDU), ehemaliger Bundesverteidigungsminister (2005 bis 2009), noch während seines Bundestagsmandats in den Aufsichtsrat gewählt.^[7]

Cheflobbyist

2014 wurde [Dirk Niebel](#) (FDP) zum Cheflobbyisten von Rheinmetall ernannt (offizielle Zuständigkeit: Beratung der Mitglieder des Konzernvorstands in allen Fragen und Aufgaben der internationalen Strategieentwicklung und beim Ausbau der globalen Regierungsbeziehungen).^{[8][9]}

Niebel war von 2009 bis 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist seit 2014 als selbstständiger Politik- und Unternehmensberater (Niebel International Consulting) tätig.^[10]

Der Seitenwechsel zur Rheinmetall AG sorgte öffentlich für Empörung, da Niebel während seiner Zeit als Minister Mitglied im Bundessicherheitsrat war und somit auch an Entscheidungen über Waffenexporte und Genehmigungen für Projekte u.a. von Rheinmetall beteiligt war.^[11]

Angaben im Lobbyregister der EU

Person mit rechtlicher Verantwortung des Lobby-Büros in Brüssel ist

- [Charles Philippe Dijon de Monteton](#)

Die Ausgaben von Rheinmetall für in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters der EU fallende Tätigkeiten lagen im Jahr 2024/2025 zwischen 500.000 und 599.000 Euro.^[12] Es waren 9 Lobbyisten beschäftigt (Vollzeitäquivalent 8,3)

Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

2024 betragen die Ausgaben im Bereich der Interessenvertretung 1.420.001 bis 1.430.000 Euro. Es waren 12 Lobbyisten beschäftigt.

Mitgliedschaften

Rheinmetall ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. \(BDSV\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)

Fallbeispiele und Kritik

Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025

Im Februar 2025 wurde durch Recherchen der Zeit bekannt, dass die Rheinmetall AG im Januar 2025 über ihre Tochtergesellschaft Blackned GmbH acht Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss Spenden angeboten hatte. Diese Zuwendungen wurden mit der Begründung getätigt, die Abgeordneten seien aufgrund ihrer Ausschusszugehörigkeit in wichtigen Entscheidungen zu Verteidigungsprojekten eingebunden. ^[2]

Peter Obermark – Director Governmental Affairs der Blackned GmbH – soll den Vorgang bestätigt haben. ^[2]

Die Spenden, die sich laut Obermark auf jeweils unter 2.000€ belaufen haben sollen, flossen zwischen der Behandlung von zwei wichtigen Verteidigungsprojekten im Haushaltsausschuss des Bundestages. Im Dezember 2024 wurde dort ein Projekt zur IT-Systemintegration, im Wert von 1,2 Milliarden Euro gebilligt (Auftragsnehmerinnen sind anteilig Rheinmetall Electronics und die Tochterfirma Blackned GmbH) und im Januar 2025 ein Projekt zur Entwicklung eines taktischen Wide Area Networks für landbasierte Operationen genehmigt (Gesamtvertragswert 5,5 Milliarden Euro, davon rund 40 Millionen Euro für Blackned). ^[2]

Die Spendenpraxis wurde von einigen Abgeordneten, darunter dem Grünen-Politiker Sebastian Schäfer, der eine Spende von Blackned zurückgewiesen hatte, scharf kritisiert. Die Gruppe BSW reichte im Februar 2025 einen Antrag bei der Bundestagspräsidentin ein, indem sie darum bat, die Spenden veröffentlichen und prüfen zu lassen. ^[13]

Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen ^[14]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption

- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[15]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[16][17][18]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch Rheinmetall.

Rheinmetall beteiligte sich am 06.04.2022 an einem Fachgespräch zum REKG.^[19] Das Unternehmen kritisierte die bestehende Rechtsunsicherheit und fehlende Planbarkeit für die Branche und stellte infrage, ob das REKG überhaupt notwendig sei. Der Konzern forderte zudem eine Differenzierung zwischen Transparenz und Veröffentlichung, um die Interessen der Empfängerstaaten zu wahren und warnte vor einer Isolierung Deutschlands in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die EU bleibe nur dann relevant, wenn die Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenstehen.

Neben Rheinmetall lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[20]

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018

2018 berichteten der Stern und das ARD-Magazin Report München, dass Rheinmetall trotz eines Waffenexportverbots der Bundesregierung über Tochterfirmen in Italien und Südafrika weiterhin Wehrprodukte nach Saudi-Arabien lieferte. Der Wert der Lieferungen soll sich 2018 auf über 100 Millionen Euro pro Jahr belaufen haben.^[21]

Die staatliche Rüstungsholding Saudi-Arabian Military Industries (SAMI) wurde von 2017 bis 2020 vom ehemaligen Rheinmetall-Vorstand Andreas Schwer geführt.^[21] Mindestens drei weitere ehemalige Rheinmetall-Führungskräfte sollen zu der Zeit ebenfalls für SAMI tätig gewesen sein. 2018 soll SAMI unter der Führung Schwerts versucht haben, den südafrikanischen Rüstungskonzern Denel zu übernehmen. Dieser hält auch Anteile an einem Gemeinschaftsbetrieb mit Rheinmetall (Rheinmetall Denel Munition).^[22]

Wegen des Waffenembargos gegenüber Saudi-Arabien drohte Rheinmetall dem Wirtschaftsministerium in einem Brief im Januar 2019 mit einer Klage auf Schadensersatzzahlungen für Umsatzausfälle von ursprünglich genehmigten Exporten.^[23]

Das Waffenexportverbot nach Saudi Arabien, das aufgrund der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi, sowie der Beteiligung des Regimes am Jemen-Krieg in Deutschland seit Ende 2018 bestand, wurde 2024 durch Export-Genehmigungen für Kampffjets und Raketen formal aufgehoben.^[24]

Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014

2011 schlossen Rheinmetall und der staatliche russische Rüstungskonzern Oboronservice AG einen Vertrag zur Errichtung eines hochmodernen Gefechtsübungszentrums im russischen Mulino ab. Rheinmetall sollte die Bauteile liefern. Das Exportvorhaben von Rheinmetall wurde 2011 von der damaligen Bundesregierung (CDU und FDP) gebilligt. Rheinmetall schrieb über das Projekt auf dessen Homepage: „Damit wird in der Wolga-Region bis 2014 die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung entstehen, in der pro Jahr bis zu 30.000 Soldaten ausgebildet werden können.“^[25]

Im Frühjahr 2014 wurde die Exportgenehmigung von dem neuen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) aufgrund der Annexion der Krim durch Russland jedoch zurückgezogen. Rheinmetall forderte von der Bundesregierung daraufhin 130 Millionen Euro Schadensersatz und argumentierte damit, dass der Deal auch von der Bundesregierung „massiv unterstützt“ worden sei. Ein Eilverfahren wurde jedoch zurückgewiesen. Das Projekt wurde schließlich von der Oboronservice AG fertiggestellt.^[25]

2024 sichtete WDR Investigativ geheime Prozessunterlagen aus dem Jahr 2014, die Pläne für weitere Ausbildungsanlagen in einem Wert von insgesamt einer Milliarde Euro beinhalten sollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Rheinmetall, der Bundeswehr und der Bundesregierung bei damaligen Rüstungsvorhaben nahelegen.^[25]

So sollen die Pläne für das Gefechtszentrum 2009 „maßgeblich unter Beteiligung des Verteidigungsministeriums“, das damals unter Führung von Franz-Josef Jung (CDU) stand, entworfen worden sein. Seit Mai 2017 sitzt Jung im Aufsichtsrat der Rheinmetall AG.^{[25][7]}

Der spätere Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) soll sich bei seinem einzigen Besuch in Moskau im September 2011 auch mit dem Chef der „Oboronservice AG“ getroffen haben. Später teilte er mit, dass Deutschland ein Interesse „an einer modernen russischen Armee, die gut geführt ist“ habe. Deutsche Soldaten sollen zudem mehrmals in Mulino zu Besuch gewesen sein, um russische Soldaten in die „neue Technik einzuweisen“.

Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)

Die Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Air Defence (RAD) mit Sitz in Zürich soll nach Auffassung des indischen Central Bureau of Investigation (CBI) gemeinsam mit SAN Swiss Arms im Jahr 2009 Luftabwehrgeschütze im Wert von 2,5 Milliarden Dollar an Indien verkauft und dafür Bestechungsgelder in Höhe von 26 Tausend Euro an einen früheren Verantwortlichen der zentralen Rüstungsbeschaffung gezahlt haben.^[26]

Die indischen Behörden setzten Rheinmetall daraufhin auf eine schwarze Liste und schlossen den Konzern von 2012 bis 2022 von Rüstungsgeschäften mit Indien aus. 2011 soll Rheinmetall laut Ermittlungen der indischen Behörden einem indischen Waffenhändler und Lobbyisten 400.000 Euro überwiesen haben, um das indische Verteidigungsministerium dazu zu bewegen, Rheinmetall von der schwarzen Liste zu streichen.^[27] Die Vorwürfe werden von Rheinmetall bestritten.

Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)

Im Januar 2014 berichtete der *Spiegel* von Ermittlungen deutscher und griechischer Staatsanwälte gegen Rheinmetall wegen Steuerhinterziehung und Bestechung.^[28] Der frühere Griechenland-Repräsentant der Rheinmetall-Tochter STN Atlas, **Panagiotis Efstathiou**, soll beim Verkauf von U-Boot-Ausrüstung und einem Flugabwehrsystem Militärs und Beamte des griechischen Verteidigungsministeriums mit mehreren Millionen Euro geschmiert und dafür Provisionsgelder erhalten haben.^[29] Das Unternehmen soll hierfür insgesamt rund 42 Millionen Euro aufgewendet haben.^[30]

Die Vorwürfe wurden zunächst von Rheinmetall bestritten, 2014 gab der Konzern zum Abschluss des Verfahrens der Bremer Staatsanwaltschaft jedoch zu, Schmiergelder gezahlt zu haben und forcierte im Nachgang auch die interne Aufklärung.^[31]

Rheinmetall wurde in dem Fall mit einem Bußgeld von 37 Millionen Euro belegt. Schadensersatzansprüche gegen drei Ex-Vorstände, darunter Ex-Konzernchef **Klaus Eberhard**, denen wegen der Schmiergeldaffäre Organisationsversagen vorgeworfen wurde, wurden über einen Vergleich in Höhe von 6,75 Millionen Euro mit deren Haftpflichtversicherungen für Rheinmetall erledigt.^[32]

Dabei gab der Konzern an, dass der Schaden des Unternehmens sich insgesamt auf 90 Millionen Euro belaufe (42 Millionen Euro Provision an den griechischen Vermittler, Geldbuße von über 37 Millionen Euro sowie gut vier Millionen Euro für die eigene Aufklärung und Anwälte).^[32]

Der ehemalige griechische Verteidigungsminister (1996 - 2001) **Akis Tsochadzopoulos** wurde zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren verurteilt, für den Vermittler Efstathiou wurden neun Jahre auf Bewährung ausgesprochen.^[33]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Weiterführende Links

- [NGO: German firms mired in worst Greek corruption scandals since WWII](#), Euractiv.de vom 31.08.2015.

Einzelnachweise

1. ↑ globaler Vergleich: [Top 100Rüstungsunternehmen weltweit nach Umsatz im Rüstungsbereich von 2015 bis 2020](#), statista.com, abgerufen am 21.01.2022.
2. ↑ ^{2,02,12,22,3} [Wollte sich eine Rheinmetall-Tochter Abgeordnete gewogen machen?](#), zeit.de, 11.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
3. ↑ [Rheinmetall AG](#), statista.com vom 19.01.2022, abgerufen am 28.12.2023.
4. ↑ [Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025
5. ↑ [rheinmetall-uebernimmt-nvl](#), rheinmetall.com vom 02.03.2026, abgerufen am 18.05.2026
6. ↑ [Der Vorstand der Rheinmetall AG](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025

7. ↑ ^{7,07,1} [Ex-Verteidigungsminister Jung ist neuer Aufsichtsrat](#), spiegel.de, 10.05.2017, abgerufen am 25.03.2025
8. ↑ [Pressemitteilung Rheinmetall vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Rheinmetall](#), abgerufen am 2. Juli 2014, archiviert am 8.7.2014, zuletzt aufgerufen am 26.5.2016
9. ↑ [Germany promises change as arms sales draw scrutiny](#), Reuters.com vom 23.07.2014, abgerufen am 21.01.2022.
10. ↑ [Curriculum Vitae von Dirk Niebel](#), niebel-international-consulting.de, abgerufen am 27.03.2025
11. ↑ [Timo Lange: Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall](#), [Stellungnahme von Lobbycontrol vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 25. 7. 2014
12. ↑ [EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 27.03.2025
13. ↑ [Weitere Rüstungsspenden an Politik](#), zeit.de, 20.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
14. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
16. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
17. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
18. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
19. ↑ [Fachgespräch REKG am 06.04.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
20. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
21. ↑ ^{21,021,1} [Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gehen indirekt weiter](#), stern.de, 04.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
22. ↑ [So helfen Deutsche, Saudi-Arabien aufzurüsten – allen Sanktionen zum Trotz](#), stern.de, 18.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
23. ↑ [Rheinmetall droht Bundesregierung mit Klage](#), ntv.de vom 20.01.2019, abgerufen am 20.01.2022.
24. ↑ [Deutschland genehmigt Waffenlieferungen an Saudi-Arabien](#), tagesschau.de, 10.01.2024, abgerufen am 27.03.2025
25. ↑ ^{25,025,125,225,3} [Geplatzte Milliardenräume](#), tagesschau.de, 03.03.2024, abgerufen am 27.03.2025
26. ↑ [Lukas Häuptli: Rüstungsfirmen unter Korruptionsverdacht](#), Neue Zürcher Zeitung online vom 27. Oktober 2013, [Webseite](#) abgerufen am 28. 7. 2014
27. ↑ [Korruptionsverdacht bei Rheinmetall](#), n-tv.de, 30.08.2013, abgerufen am 27.03.2025
28. ↑ [Schmiergeldermittlungen in ehemaligem Unternehmen von BDI-Präsident Ulrich Grillo](#), SPIEGEL vom 26. Januar 2014, [Webseite Spiegel](#), abgerufen am 25. 7. 2014
29. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Zeit.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
30. ↑ [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panzer-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
31. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
32. ↑ ^{32,032,1} [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panter-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
33. ↑ [The Greek Submarine Scandal](#), Corruption-Tracker.org vom 27.11.2020, abgerufen am 21.01.2022.

Airbus Group

Als größter europäischer Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern (21% seiner Umsätze erwirtschaftete Airbus 2020 mit Wehrtechnik ^[1]) ist Airbus in hohem Maße von Entscheidungen von Regierung und Parlament auf nationaler und europäischer Ebene abhängig. Staatliche Stellen setzen in diesem Bereich wichtige Rahmenbedingungen, vergeben Aufträge und fördern bestimmte Projekte mit Forschungs- und Entwicklungssubventionen. Vor diesem Hintergrund hat das Unternehmen ein großes Interesse daran, Entscheidungsträger auf diesem Gebiet in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Branche	Luft- und Raumfahrt sowie Rüstung
Hauptsitz	Leiden/Niederlande
Lobbybüro Deutschland	Rahel-Hirsche-Straße 10, 10557 Berlin
Lobbybüro EU	Brüssel, Avenue Marnix 28
Webadresse	www.airbusgroup.com

Inhaltsverzeichnis

1 Der Konzern und seine Aktivitäten	34
2 Leitungsgremien	34
2.1 Verwaltungsrat ("Board of Directors")	35
2.2 Executive Committee	35
3 Mitgliedschaften	35
4 Lobbytätigkeit	36
4.1 Angaben im EU-Transparenzregister / Brüssel	36
4.2 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag	37
4.3 Berlin	37
5 Lobbyisten im Auswärtigen Amt	37
6 Fallstudien und Kritik	38
6.1 2022-25: Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	38
6.2 Studie: Einfluss der Rüstungsindustrie in Deutschland	39
6.3 Eurofighter und Österreich	39
7 Weiterführende Informationen	40
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	40
9 Einzelnachweise	40

Der Konzern und seine Aktivitäten

Die **Airbus SE.**, Leiden/Niederlande, die sich von 2000 bis 2013 **EADS** (European Aeronautic Defence and Space Company) und von 2013 bis 2017 **Airbus Group** nannte, ist die Muttergesellschaft einer der bedeutendsten Luft-/Raumfahrt- und Rüstungskonzerne. Weltweit wurde 2020 mit ca. 130 Tsd.

Beschäftigten ein Umsatz von ca. 50 Mrd. Euro erzielt.^[2] Die Konzernzentrale befindet sich im französischen Toulouse. Es gibt die folgenden Geschäftsbereiche: Commercial Aircraft, Helicopters und Defence and Space. Airbus beschäftigt knapp die Hälfte aller Beschäftigten in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie an seinen 27 Standorten.^[3] Die Bundesregierung ist einer der wichtigsten Kunden im Geschäftsbereich „Aerospace and Defence“.^[4]

Im Januar 2022 verfügten die staatlichen Beteiligungsgesellschaften Frankreichs (SOPEGA), Deutschlands (GZBV mbH & Co. KG) und Spaniens (SEPI) mit einem gemeinsamen Anteil von 25,9 % an der Airbus SE über eine Sperrminorität.^[5]

Leitungsgremien

Verwaltungsrat ("Board of Directors")

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender ist René Obermann.

Executive Committee

Das Executive Committee unterstützt den Vorsitzenden (CEO). Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. CEO ist [Guillaume Faury](#)

Mitgliedschaften

- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Amisa2](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie \(BDSV\)](#)
- [Forum Luft- und Raumfahrt \(FLR\)](#)
- [Aviation Initiative for Renewable Energy in Germany \(Aireg\)](#)
- [Deutsches Verkehrsforum](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)
- [BITKOM](#)
- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe \(ASD\)](#),
- [European Organisation for Security \(EOS\)](#)
- [German European Security Association \(GESA\)](#) (2015 aufgelöst)
- [Cercle des Délégués Permanents Français \(CDPF\)](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Eurosace](#)
- [Space Foundation](#)
- [Sky and Space](#)
- [Europe et Défense](#)
- [European Satellite Operators Association \(ESOA\)](#)
- [European Forum for Manufacturing \(EFM\)](#)
- [AFEP](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)
- Förderkreis [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DGAP\)](#): Die Airbus-Spenden sind höher als 100 Tsd. Euro

Quellen: ^[6], ^[7] und Webseiten der genannten Organisationen

Lobbytätigkeit

Angaben im EU-Transparenzregister / Brüssel

Laut [Transparenzregister der EU](#) sind in Brüssel 12 Personen mit der Lobbyarbeit betraut, wobei sich in Vollzeit übersetzt 5,3 Stellen ergeben.

Cheflobbyistin ist:

- Nathalie Errard, Senior Vice President, Head of Europe and NATO Affairs

Zugang zum Europäischen Parlament haben:

- Nathalie Errard
- Jean-Philippe Scherer
- Markus Broich

Die Airbus Group nimmt an den folgenden **EU-Strukturen und Plattformen** teil:

- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD)
- European Organisation for Security (EOS)
- Cercle des Délégués Permanents Français (CDPF)
- European Satellite Operators Association (ESOA),
- Official Spanish Chamber of Commerce in Belgium and Luxembourg
- Weitere: NEREUS, A4E, EARSC, Eurospace, AFEP, [Amisa2](#), AVISA, EBIT, BBE, ECSO, ERT, GAIA-X, Hydrogen Europe, CEOE

EU-Parlament:

- [Kangaroo Group](#) (EU-Parlament)
- [Sky and Space](#) Intergroup (Eu-Parlament)

EU-Kommission:

- Commission expert group on Policies & Programmes relevant to EU Space, Defence and Aeronautics Industry (SDA)
- Consultative Forum on EU External Aviation Policy
- PLATFORM ON SUSTAINABLE FINANCE
- Strategic Advisory Board for the Quantum Technology FET Flagship

Quelle: [Transparenzregister der EU](#)

Die **Lobbyausgaben für 2023** betragen 1.750.000 - 1.999.000 Euro. 12 Lobbyisten wurden beschäftigt (Vollzeitäquivalent 5,3). Die Lobbyausgaben werden für 2020 mit 1.25 Mio. - 1.5. Mio. Euro im EU-Transparenz geschätzt. 2014 wurden sie mit 400 Tsd. bis 500 Tsd. Euro beziffert.

Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Airbus Aerostructures GmbH zum Eintrag im Lobbyregister	400.000 - 410.000	0,6
Airbus Operations GmbH[1]	800.000 - 810.000	1,8
Airbus GmbH[2]	250.001 - 260.000	0,3
Airbus SE [3]	1.120.001 - 1.130.000	3,46
Airbus DS Airborne Solutions GmbH [4]	10.001 - 20.000	0,45
Airbus Urban Mobility GmbH[5]	1 -10.000	1-10
Airbus Helicopters Deutschland GmbH[6]	820.001 - 830.000	1,05
Airbus Defence and Space GmbH [7]	2.210.001 - 2.220.000	8,78
Gesamt 2024	ca. 5.610.000 Euro	ca. 17,44

Berlin

Alexander Reinhardt, Cheflobbyist für Deutschland (Head of Public Affairs Germany Airbus), ist Stellv. Vorsitzender der Bundesarbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[8]

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Die Tätigkeit eines EADS-Mitarbeiters im Außenministerium ist bekannt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer, zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006 ^{[9][10]}
Mitarbeiter	Ein Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung

Fallstudien und Kritik

2022-25: Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[11]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[12]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[13][14][15]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch die Airbus Defence and Space GmbH.

In einer „Stellungnahme zur Erwartungshaltung an die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorgaben zur Ausarbeitung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Rüstungsexportkontrolle“ im März 2022 machte Airbus seine Forderungen an das REKG deutlich.^[16] Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie müsse geschützt und gefördert, Exportgenehmigungsprozesse verschlankt und beschleunigt werden. Transparenz

könne nur unter Berücksichtigung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen sowie Schutz der Geheimhaltungsinteressen möglicher Kunden ausgeweitet werden. Gegen das oben genannte Verbandsklagerecht sprach sich Airbus auch bei den Konsultationen mit dem Wirtschaftsministerium deutlich aus.^[17] Es verzögere laut dem damaligen Airbus-Vertreter Alexander Reinhardt Exporte einseitig und gefährde die europäische Rüstungskooperation. Im Eckpunktepapier war das Instrument der Verbandsklage nicht enthalten.

Neben Airbus lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[18]

Studie: Einfluss der Rüstungsindustrie in Deutschland

2020 veröffentlichte Transparency International eine [Studie](#), in welcher die Einflussmöglichkeiten der Rüstungslobby auf die Politik dargelegt werden. Danach hat Airbus, wie schon in den drei vorausgehenden Jahren, im Jahr 2016/2017 eine unbestimmte Geldsumme von mehr als 100 000 Euro an den renommierten Think Tank [Deutsche Gesellschaft für Außenpolitik \(DGAP\)](#) gespendet, in dem Airbus Mitglied ist. Der ehemalige Chef der Airbus Gruppe, [Thomas Enders](#), ist 2019 Präsident der DGAP geworden.^[19] Der unter diesen Bedingungen zu vermutende Einfluss von Airbus auf die DGAP ist von besonderer Bedeutung, weil diese wesentlich an der Ausarbeitung des Weißbuches der Bundeswehr aus dem Jahr 2016 mitgewirkt hat.^[20]

Eurofighter und Österreich

Seit 2011 ermittelte die österreichische Staatsanwaltschaft gegen EADS wegen Korruptionsvorwürfen in Millionenhöhe. Die EADS Deutschland GmbH soll österreichische Beamte und Politiker beim Verkauf von 15 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon über Jahrzehnte geschmiert haben^[21] und den Österreichischen Staat in einer Art betrogen haben, der diesen zum Kauf von Flugzeugen dieses Typs gebracht haben soll^[22]. Inhalt des Betruges sei gewesen, dass sich Airbus zur Lieferung von Flugzeugen vertraglich verpflichtet hätte, die absehbar nicht geleistet hätte werden können und auch eine Nachrüstung in den vereinbarten Bauzustand wirtschaftlich nicht möglich gewesen wäre.^[23] Zusätzlich sei der Kaufpreis von 183,4 Mio. Euro deshalb zustande gekommen, weil mit diesem im Rahmen des Eurofighter-Deals kriminelle Geschäfte finanziert worden seien.^[24]

Laut der österreichischen Justiz wurden "im Rahmen des EADS-Konsortiums [...] eine kriminelle Vereinigung gegründet, um über Scheinverträge Gelder [...] für korrupte Zwecke verfügbar zu machen".^[21] Von den 184 Mio. Euro Kaufpreis seien laut Staatsanwaltschaft allein 20 Millionen für die Anbahnung des Geschäfts nutzbar gemacht worden, 114 Millionen Euro seien dagegen an eine von der EADS gegründete Briefkastenfirma namens Vector Aerospace LLP geflossen.^[25] Wohl soll über diese Firma Geld ausgeflossen sein, um die Kaufentscheidung auf den gewünschten Flugzeugtyp zu lenken oder diese Entscheidung nachträglich zu honorieren.^[26]

Dabei sollen zwischen 2005 und 2008 mindestens 50 Mio. Euro an fünf Personen ausgezahlt worden sein.^[27] Laut Reuters diene das Netzwerk dazu, die Kontrahenten von Airbus, Saab und Lockheed Martin, ebenfalls große Rüstungsproduzenten, bei der Auftragsvergabe auszustechen.^[27] Ein Teil der Gelder sollte wohl auch

an Akteure des Airbus-Konsortiums zurückfließen.^[28] Gleichzeitig ermittelt die britische Antikorruptionsbehörde Serious Fraud Office gegen Astrium, eine Tochterfirma von EADS. Dieser wird vorgeworfen, bei einem Geschäft mit Saudi-Arabien in Milliardenhöhe, Bestechungsgelder gezahlt zu haben.^[21]

Die seit 2021 wegen Verdachts der Bestechung ausländischer Beamter ermittelnde Münchner Staatsanwaltschaft hat 2018 gegen die Airbus Deutschland GmbH einen Bußgeldbescheid in Höhe von 81,25 Mio. Euro erlassen.^[29]

Weiterführende Informationen

- [Transparency International: Analyse des Einflusses der Rüstungsindustrie auf die Politik in Deutschland, Zusammenfassung](#)
- [Zahlen zu Airbus Lobbyaktivität in den Vereinigten Staaten von Amerika](#)
- [EU-Transparency Register](#)
- [Rüstungslobby wird es in Deutschland zu leicht gemacht](#), Stern vom 21.10.2020.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Vernetzte Waffenschmieden- Rüstungsindustrie in Deutschland](#) rosalex.de, abgerufen am 31.03.2022
2. ↑ [Who we are](#), airbus.com, abgerufen am 11.01.2022
3. ↑ [Airbus in Deutschland](#), airbus.com, abgerufen am 12.01.2022
4. ↑ [Public Affairs](#), airbus.com, abgerufen am 12.01.2022
5. ↑ [Shareholder structure](#), airbus.com, abgerufen am 11.01.2022
6. ↑ [EU Transparenzregister](#), ec.europa, abgerufen am 14.12.2023
7. ↑ [Public Affairs/About us](#), airbus.com, abgerufen am 14.12.2023
8. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), webarchive.org, abgerufen am 15.01.2022
9. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 08.09.2011
10. ↑ [Antwort der Bundesregierung](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter zugriff 09.09.2011
11. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
12. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
13. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
14. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
15. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026

16. ↑ [Airbus Stellungnahme zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
17. ↑ [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
18. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
19. ↑ [Defence Industry Influence in Germany, S. 15 f.](#), Studie von Transparency International vom Oktober 2020, abgerufen am 14.01.2022.
20. ↑ [Defence Industry Influence in Germany, S. 15 f.](#), Studie von Transparency International vom Oktober 2020, abgerufen am 14.01.2022.
21. ↑ ^{21,021,121,2} [Europaweites Netz von Schmiergeldzahlungen](#), www.sueddeutsche.de vom 10.11.12, abgerufen am 12.11.12
22. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
23. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
24. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
25. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
26. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2021.
27. ↑ ^{27,027,1} [Münchener Ankläger werfen EADS Bestechung vor](#), www.reuters.com vom 19.11.12 abgerufen am 19.11.12
28. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
29. ↑ [Airbus muss über 81 Millionen Euro Bußgeld zahlen](#), BR vom 09.02.2018, abgerufen am 08.01.2022

Florian Hahn

Der Bundestagsabgeordnete **Florian Hahn** (*14. März 1974 in München), ist ein der Rüstungsindustrie nahestehender **CSU**-Politiker, der seit Mai 2025 Staatsminister im Auswärtigen Amt ist. Zuvor war er verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vizepräsident der Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe e. V. (IDLw), der Verbände und Unternehmen der Rüstungsindustrie als fördernde Mitglieder angehören.^{[1][2]} In der IDLw war er zuständig für die "Kontaktpflege parlamentarischer Bereich".^[3] Auch als Staatsminister trat Hahn bei Veranstaltungen der IDLw auf - so beim 2. Weltraumsymposium „Wege zur Stärkung der Weltraumsicherheit in Deutschland und Europa“ im Oktober 2025.^[4] Er blieb Landesvorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU, der Wehrtechnische Kongresse veranstaltet, auf denen die bayerische Rüstungsindustrie, die CSU und das Militär vertreten sind.^{[5][6]}

Von 2000 bis 2002 betätigte sich Hahn als Mitarbeiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Rüstungskonzerns **Krauss-Maffei Wegmann**.^[7] Weiterhin war er von 2020 bis 2023 Aufsichtsrat einer Genossenschaft (ohne Entgelt), die im November 2020 unter der Bezeichnung „Space Cooperative Europe

SCE mit beschränkter Haftung“ mit Sitz in Ottobrunn gegründet wurde.^[8] Die Genossenschaft fördert laut Protokoll der Gründungsversammlung unter anderem die Interessen ihrer Mitglieder im Bereich der Weiterentwicklung von Raumfahrt- und Weltraumtechnik sowie damit zusammenhängender wirtschaftlicher Aktivitäten. Sie kooperiert dabei mit internationalen Organisationen und Institutionen wie der Europäischen Weltraumorganisation ESA, der EU und der EIB.^[9] Im Dezember 2020 präsentierte Hahn das neu gegründete Unternehmen der Öffentlichkeit.^[10]

Laut Recherchen des Online-Magazins Vice könnte Hahn auch eine Rolle in der "Aserbaidtschan-Affäre" gespielt haben.^[11]

Hahn wurde in der Vergangenheit wegen seiner (fortwährenden) Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuss des Bundestags und der zeitweisen Mitgliedschaft im Aufsichtsrat des Rüstungsunternehmens Industrieanlagen Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung (IABG) und im Präsidium der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#) ein Interessenkonflikt vorgeworfen. Beide Positionen hat Hahn 2017 aufgegeben. Die IABG gehört zu den Gründern der Space Cooperative Europe SCE mit beschränkter Haftung, in deren Aufsichtsrat Hahn von 2020 bis 2023 saß. Zudem sprach er sich immer wieder für Rüstungsexporte aus und trat als Fürsprecher der Rüstungswirtschaft in Erscheinung.

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik und Lobbyfälle	42
1.1 Aserbaidtschan-Affäre	42
1.2 Vorwürfe des Interessenkonflikts: IABG	43
1.3 Einsatz für die Rüstungswirtschaft	43
2 Funktionen in Unternehmen	44
3 Verbindungen / Netzwerke	44
4 Lebenslauf	44
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	45
6 Einzelnachweise	45

Kritik und Lobbyfälle

Hahn setzt sich regelmäßig für die Belange der Rüstungswirtschaft ein. In seinem Wahlkreis "München Land" befinden sich sowohl Niederlassungen von [Airbus](#) (Airbus Defence and Space), als auch der [IABG](#). Dort liegt außerdem der rüstungsnaher [Ludwig-Bölkow-Campus](#), für den Hahn sich einsetzt.^{[12][13]}

Aserbaidtschan-Affäre

Nach [Recherchen](#)^[11] des [Online-Magazins Vice](#) bestehen Anhaltspunkte dafür, dass neben weiteren Politiker:innen auch Florian Hahn Teil der "[Aserbaidtschan-Connection](#)" war. So sollen geheime Dokumente, die den Journalist:innen vorliegen, den mehrfachen Kontakt von Hahn mit der aserbaidtschanischen Lobbyagentur "The European Azerbaijan Society" (TEAS) belegen.^[14] Diese war eine bis 2017 bestehende, dem aserbaidtschanischen Regime nahestehende Firma mit Sitz in Brüssel, welche laut eigenen Angaben im EU-Lobbyregister das Bild Aserbaidtschans in der EU positiv beeinflussen und die Interessen des Landes in der EU und ihren Mitgliedsstaaten fördern wollte.^[15]

Fragen der Journalist:innen ließ Hahn - anders als andere befragte Akteur:innen - größtenteils unbeantwortet.^[16]

Der Erfolg der Agentur in ihrer Lobbytätigkeit zeigte sich insbesondere an formal und inhaltlich ähnlichen öffentlichen Äußerungen von Parlamentarier:innen in Bezug auf den Bergkarabach-Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien.^[17] Die geheimen Dokumente sollen zudem gezeigt haben, dass die Lobbyagentur TEAS Hahn als Top-Kontakt in die deutsche Politik führte.^[18]

Auf die Frage nach dem Einsatz von Drohnen im Bergkarabach-Konflikt, der zwar völkerrechtlich nicht grundsätzlich verboten, jedoch sehr umstritten ist^[19], antwortete Hahn 2021 in einem Interview mit dem Deutschen Bundeswehrverband, man sehe, "dass andere Drohnen haben und nutzen, ob wir das wollen oder nicht." Erforderlich sei, dass "die Bundeswehr ihre Flugabwehr auf gesamter Linie wieder auf Vordermann bringt. Gerade auch zu Drohnenabwehr [...]."^[20] Anstatt einer kritischen Haltung gegenüber Drohneneinsätzen wird hier eine Nähe zur Rüstungsindustrie deutlich, die Hahn bereits in der Vergangenheit den Vorwurf der Kungelei eingebracht hatte.^[21]

In der "Aserbaidschan-Connection" sollen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) eine zentrale Rolle gespielt haben. Dieser Gruppe gehörte auch Hahn von 2014 bis 2018 an.^[22]

Vorwürfe des Interessenkonflikts: IABG

Im Oktober 2016 berichtete der Spiegel von Interessenkonflikten Hahns durch seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der IABG. Für die Funktion gab Hahn einen Verdienst von 15.000 - 30.000 € jährlich an.^[23] Der Spiegel berichtete, dass Hahn sich in seiner Funktion als Berichterstatter der Union im Verteidigungsausschuss mehrmals für Rüstungsprojekte einsetzte, von denen die IABG profitierte: „Die Firma aus Hahns Wahlkreis sollte als Dienstleister Aufträge zur Vorbereitung und Begleitung der Rüstungsvorhaben bekommen.“^[24] Konkret handelte es sich um die europäische Kampfdrohne, die Raketen „Meteor“ sowie das Luftabwehrsystem „Meads“. Der Verteidigungsausschuss stimmte über die zu vergebenden Aufträge jeweils zugunsten der IABG ab.^[25]

Der Spiegel machte in seiner Reportage auf weitere Verbindungen Hahns zur IABG aufmerksam: So war Hahn Leiter des Arbeitskreises "Außen- und Sicherheitspolitik", der als Veranstalter des „Wehrtechnischen Kongress“, welcher Ende 2014 auf dem Firmengelände der IABG stattfand, auftrat. Das Magazin wies außerdem auf die Finanzierung einer Broschüre zur Außen- und Sicherheitspolitik des Arbeitskreises hin, bei der Hahn das Grußwort verfasste: „Einziger Anzeigenkunde: die IABG. In der zweiten Ausgabe Ende 2015 schaltet die Firma wieder eine Anzeige.“^[26]

In einer Stellungnahme gab Hahn an, „keinerlei Interessenkonflikte“ zwischen seinen Tätigkeiten erkennen zu können. Er wies darauf hin, dass seine Einnahmen „in Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz“ verbucht würden.^[27] Damit ließ Hahn Anfragen des Spiegels, wie viel Geld die IABG für die Anzeigen zahlte, und wohin das Geld verbucht wurde, unbeantwortet.^[28]

Die IABG ist Mitglied der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#), deren Präsidiumsmitglied Hahn war.^[29]
^[30]

Einsatz für die Rüstungswirtschaft

Im August 2016 kündigte der damalige Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) an, die Rüstungsexporte reduzieren zu wollen. Hahn sprach daraufhin von der „Beerdigung der Rüstungsindustrie“. Nach Einschätzung der ZEIT wirkte diese - und ähnliche Äußerungen weiterer Unionspolitiker - als stammten sie direkt aus den Papieren von Waffenlobbyist:innen.^[31]

Hahn setzte sich trotz der schlechten Menschenrechtslage für die Fortsetzung des Exports von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien ein: „Wenn solche Rüstungsexporte wie jetzt der Panzerverkauf an Saudi-Arabien nicht mehr zustande kommen, wird die deutsche Wehrindustrie nicht überleben.“ sagte er 2014 der Neuen Passauer Presse. ^[32]

Funktionen in Unternehmen

- 2020 bis 2023 Space Cooperative Europe SCE, Mitglied des Aufsichtsrats^[33]
- 2010 bis 2017 IABG Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH, Ottobrunn (mit dem Geschäftsbereich "Verteidigung und Sicherheit"), Mitglied des Aufsichtsrats^[34]
- 2015 bis 2017 Quantum Systems GmbH, Mitglied des Beirats^[35]

Verbindungen / Netzwerke

- Deutsch-polnische Wissenschaftsstiftung, designierter Vorsitzender^[36]
- Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU, Landesvorsitzender. ^[37]Der ASP ist mit über 3.200 Mitgliedern der aktivste und größte Arbeitskreis innerhalb der CSU^[38]
- Munich Aerospace e.V., München, Mitglied des Kuratoriums
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied^[39]
- Stiftung Lebenshilfe München, Vorstandsvorsitzender
- Institut für Europäische Politik e.V. (IEP), Berlin, Mitglied der Versammlung der Kuratoren
- Max-Planck-Institute für Astrophysik und extraterrestrische Physik, Garching, Mitglied des gemeinsamen Kuratoriums
- Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Mitglied des Aufsichtsrats
- Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr, Mitglied des Kuratoriums
- 2013 bis 2025 Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe e.V., Vizepräsident
- 2014 bis 2017 [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#), Mitglied des Präsidiums
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), ehem. Vorsitzender des Beirats für Sicherheit und Verteidigung^[40]

Quelle: ^[41]

Lebenslauf

- Seit 6. Mai 2025 Staatsminister im Auswärtigen Amt
- bis Mai 2025 Internationaler Sekretär der CSU
- 2021 bis 2025 Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2018 bis 2021 Europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2014 bis 2018 Sprecher der CSU-Landesgruppe für Auswärtiges, Verteidigung, Angelegenheiten der Europäischen Union, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- 2012 bis 2015 Dozent an der Bayerischen Akademie für Werbung und Marketing, München
- Seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 2003 bis 2009 Stellv. Leiter Politik und Parteiarbeit, Christlich-Soziale-Union, Landesgeschäftsführer, Junge Union Bayern - Christlich-Soziale-Union

- 2002 bis 2003 Studium zum Elektronikmarketingfachwirt an der Bayerischen Akademie für Werbung und Marketing, München
- 2000 bis 2002 Mitarbeiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Krauss-Maffei-Wegmann
- 1997 bis 2000 Mitarbeiter der Geschäftsführung, Gast Service AG
- 1995 Allgemeine Hochschulreife

Quellen: ^[42]^[43]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Suchergebnis Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.01.2023
2. ↑ <https://spacecoop.eu> Zum Expertengespräch bei der IDLw, idlw.de vom 29.01.2020, abgerufen am 07.01.2023
3. ↑ [Internetauftritt der IDL](#) abgerufen am 31.10.2016
4. ↑ [Weltraumsymposium](#), idlw.de vom 19.10.2025, abgerufen am 23.03.2026
5. ↑ [16. Wehrtechnischer Kongress des ASP der CSU](#), csu.de vom 25.10.2025, abgerufen am 24.03.2026
6. ↑ [ASP-Landesdelegiertenversammlung 2025 in Landshut - Staatsminister Florian Hahn, MdB als Landesvorsitzender bestätigt](#), csu.de, abgerufen am 25.03.2026
7. ↑ [Lebenslauf](#), auswaertiges-amt.de, abgerufen am 23.03.2026
8. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 23.03.2026
9. ↑ [Eintrag im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts München](#), abgerufen am 06.01.2023
10. ↑ [Space Cooperative Europe SCE](#), youtube.com vom 04.12.2020, abgerufen am 06.01.2023
11. ↑ ^{11,011,1} [Aserbaidtschan-Affäre: Neue Geheimdokumente belasten Unionsabgeordnete](#), vice.de vom 17.09.2021, abgerufen am 28.12.2021.
12. ↑ [Internetauftritt Florian Hahn](#) abgerufen am 31.10.2016
13. ↑ [Das Gehirn der Rüstung](#) Süddeutsche.de am 04.11.2016, abgerufen am 07.11.2016
14. ↑ [Aserbaidtschan-Affäre: Neue Geheimdokumente belasten Unionsabgeordnete](#), vice.de vom 17.09.2021, abgerufen am 28.12.2021.
15. ↑ [The European Azerbaijan Society - Brussels and Benelux office \(TEAS\)](#), LobbyFacts.eu, abgerufen am 28.12.2021.
16. ↑ [Aserbaidtschan-Affäre: Neue Geheimdokumente belasten Unionsabgeordnete](#), vice.de vom 17.09.2021, abgerufen am 28.12.2021.
17. ↑ [Aserbaidtschan-Affäre: Neue Geheimdokumente belasten Unionsabgeordnete](#), vice.de vom 17.09.2021, abgerufen am 28.12.2021.
18. ↑ [Aserbaidtschan-Affäre: Neue Geheimdokumente belasten Unionsabgeordnete](#), vice.de vom 17.09.2021, abgerufen am 28.12.2021.
19. ↑ vgl. dazu hier: [Ausarbeitung: Der Einsatz von Kampfdrohnen aus völkerrechtlicher Sicht, WD 2 - 3000 - 118/12](#), Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages vom 27.09.2012, abgerufen am 02.01.2021.

20. ↑ Florian Hahn im Interview: "Wer mit der Truppe spricht, weiß, dass wir oft nicht mal 50 Prozent der Einsatzbereitschaft erreichen", Deutscher Bundeswehrverband, Interview vom 02.01.2021, abgerufen am 02.01.2021.
21. ↑ vgl. dazu etwa: [CSU-Politiker im Verdacht der Kungelei](#), Spiegel.de vom 29.10.2016, abgerufen am 02.01.2021.
22. ↑ [Caviar-Diplomacy](#), European Stability Initiative (ESI), abgerufen am 28.12.2021.
23. ↑ [Florian Hahn Abgeordneten-Profilseite](#) bundestag.de, abgerufen am 31.10.2016
24. ↑ [CSU-Politiker im Verdacht der Kungelei](#) Spiegel Online am 29.10.2016, abgerufen am 31.10.2016
25. ↑ [Sven Becker: Unser Mann im Bundestag in: Spiegel vom 29.10.2016, 44/2016](#)
26. ↑ [Sven Becker: Unser Mann im Bundestag in: Spiegel vom 29.10.2016, 44/2016](#)
27. ↑ [Pressemeldung: Stellungnahme vom 29.10.2016](#) Internetauftritt Florian Hahn, abgerufen am 31.10.2016
28. ↑ [Sven Becker: Unser Mann im Bundestag in: Spiegel vom 29.10.2016, 44/2016](#)
29. ↑ [Mitglieder der DWT Internetauftritt der DWT](#), aufgerufen am 07.11.2016
30. ↑ [Präsidiumsmitglieder Internetauftritt der DWT](#), abgerufen am 07.11.2016
31. ↑ [Frieden durch deutsche Waffen?](#) Zeit Online am 14.08.2014, abgerufen am 31.10.2016
32. ↑ [Warum wir deutsche Boote in die Wüste schicken](#) Welt.de am 14.04.2014, abgerufen am 31.10.2016
33. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 23.03.2026
34. ↑ [Florian Hahn](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 24.03.2026
35. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 25.03.2026
36. ↑ [Deutsch-polnische Wissenschaftsstiftung](#), faz.de vom 02.03.2026, abgerufen am 24.03.2026
37. ↑ [16. Wehrtechnischer Kongress des ASP der CSU](#), csu.de vom 25.10.2025, abgerufen am 24.03.2026
38. ↑ [Landesdelegiertenversammlung 2025 des ASP](#), csu.de, abgerufen am 24.03.2026
39. ↑ [Florian Hahn](#), florian-hahn.de, abgerufen am 24.03.2026
40. ↑ [Internetauftritt der Strukturgesellschaft](#), abgerufen am 31.10.2016
41. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 23.03.2026
42. ↑ [Lebenslauf](#), auswaertiges-amt.de, abgerufen am 23.03.2026
43. ↑ [Lebenslauf](#), florian-hahn.de, abgerufen am 25.03.2025

Henning Otte

Henning Otte (*27. Oktober 1968 in Celle), Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags und im Parlamentskreis Luft- und Raumfahrt, setzt sich regelmäßig für die Interessen der Rüstungsindustrie ein (höhere Verteidigungsausgaben und weniger Beschränkungen für Rüstungsexporte). Das Rüstungsunternehmen [Rheinmetall](#) produziert Panzer am Standort Unterlüß, der im Wahlkreis von Otte liegt.

Otte war bis 2023 Vizepräsident des [Förderkreis Deutsches Heer](#) und war bis 2017 Stellv. Präsident der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#). Diese Organisationen, in denen neben Bundestagsabgeordneten auch Rüstungsfirmen aktive Mitglieder sind, dienen der Rüstungslobby als Netzwerke für Kontaktpflege und Interessenvermittlung.^[1] In ihnen finden sich auch Firmen wieder, die sich Aufträge von der Bundeswehr erhoffen und auf Exportgenehmigungen für Rüstungsexporte angewiesen sind. In beiden Organisationen ist u.a. [Rheinmetall](#) Mitglied.

Auf Einladung von Otte tagt im Rhythmus von eineinhalb Jahren der "Celler Dialog", ein Spitzentreffen von Politik, Bundeswehr und Rüstungswirtschaft, das von der [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) (DWT) und deren Studiengesellschaft organisatorisch unterstützt wird.^[2] Nach mehrjähriger Pause beschloss Henning Otte gemeinsam mit der Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, den Celler Dialog vom 05.-06.05.2025 wieder aufleben zu lassen.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Ausbildung/Karriere	47
2 Deutscher Bundestag	47
3 Verbindungen / Netzwerke	47
4 Einsatz für die Rüstungswirtschaft	48
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	48
6 Einzelnachweise	48

Ausbildung/Karriere

- 2025 Teilnahme an Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD 2025, Arbeitsgruppe Außen und Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte
- seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags
- bis 2012 Prokurist in einem mittelständischen Stahlbauunternehmen (Cornils GmbH)
- Jura-Studium an der Universität Hamburg
- Angestellter bei der Sparkasse Celle
- Ausbildung zum Sparkassenkaufmann
- Ausbildung zum Reserveoffizier
- Abitur

Quellen: ^[4]^[5]

Deutscher Bundestag

- Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion
- Mitglied im Verteidigungsausschuss
- Stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand sowie Luft- und Raumfahrt
- Stellv. Vorsitzender CDU-Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik
- Sprecher des Gesprächskreises Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Quelle: ^[6]

Verbindungen / Netzwerke

- Stellv. Präsident [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) bis 2017
- Vizepräsident des [Förderkreis Deutsches Heer](#) bis 2023

Einsatz für die Rüstungswirtschaft

Otte unterstützte immer wieder die Forderungen nach mehr Finanzmitteln für die Bundeswehr und kritisierte geplante Einschränkungen von Rüstungsexporten.^{[7][8]} Er forderte 2013 die zusätzliche Anschaffung von Panzern, die unter anderem von der Firma [Rheinmetall](#) in seinem Wahlkreis in Unterlüß produziert werden.^[9] Otte sprach sich 2014 für den umstrittenen Verkauf von Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien mit dem Argument aus, diese könnten eine stabilisierende Wirkung in einer unruhigen Region haben.^[10]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Christina Deckwirth, *Fragwürdige Ehrenämter: Die Rüstungslobby im Bundestag*, LobbyControl vom 14. August 2014, abgerufen am 20. 06. 2015
- ↑ Wehrtechnik im Dialog Veranstaltungsplanung 2016 - 2018, Studiengesellschaft der DWT mbH, dmkn.de/wp, abgerufen am 26.10.2016
- ↑ Startschuss für den Celler Trialog 2025, www.henning-otte.de, abgerufen am 25.03.2025
- ↑ Profil auf seiner Homepage, abgerufen am 20. 06. 2015
- ↑ Liste der Teilnehmer an den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD 2025, wikipedia.org, abgerufen am 23.03. 2025
- ↑ Profil auf seiner Homepage, abgerufen am 20. 06. 2015
- ↑ Henning Otte: „Die CDU steht zu unserer Bundeswehr.“, home.cdu.de, 12.03.2024, abgerufen am 25.03.2025
- ↑ Waffengeschäfte in aller Welt, henning-otte.de, 28.07.2014, abgerufen am 25.03.2025
- ↑ Rheinmetall baut aus, Cellesche Zeitung vom 22. Mai 2013, S. 13, Homepage von Otte, abgerufen am 20. 06. 2015
- ↑ Rüstungsdeal mit Saudi-Arabien Unterstützung bei der Stabilisierung4, deutschlandfunk.de, 15.04.2014, abgerufen am 20.06.2015

Hanns-Seidel-Stiftung

Die **Hanns-Seidel-Stiftung** e. V. ist ein CSU-naher Verein, dessen Zweck u. a. die Förderung der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage ist.^[1] Schwerpunkte der Arbeit sind Politische Bildungsarbeit, Förderung der Wissenschaft, Politikberatung, Stipendiatenförderung, Entwicklungsarbeit und Pflege internationaler Kontakte. Eine beachtliche Zahl

Hanns-Seidel-Stiftung

[[Bild:<datei>|center]]

Hauptsitz Lazarettstr. 33, 80636 München
Lazarettstr. 33, 80636 München

Gründung 1967

Tätigkeitsbereich Förderung der Bildung auf christlicher Grundlage

Mitarbeit

von Vorstandsmitgliedern ist in Gremien der Wirtschaft und dieser nahestehenden Organisationen aktiv. Kooperationspartner sind u.a. Unternehmen, Wirtschaftsverbände, die [Bertelsmann Stiftung](#), die [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und die [Mont Pelerin Society](#), ein weltweit aktives neoliberales Elitennetzwerk.

Hanns-Seidel-Stiftung

er

Etat

Webadres [Hanns-Seidel-Stiftung](#)

se

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Personal	49
1.1 Vorstand	49
1.2 Mitglieder	50
1.3 Geschäftsführung	50
2 Kooperationen	51
3 Weiterführende Informationen	51
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	51
5 Einzelnachweise	51

Organisationsstruktur und Personal

Die Stiftung ist weltweit in über 60 Ländern mit über 90 Projekten tätig. Verbindungsstellen werden in Washington, Athen, Brüssel und Moskau unterhalten.

Vorstand

Vorsitzende

- **Ursula Männle** (Vorsitzende)
 - Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - frühere Aktivitäten: Mitglied des Deutschen Bundestags, familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, Mitglied des Bayerischen Landtags
- **Markus Ferber** (Stellv. Vorsitzender)
 - Europäisches Parlament: Stellv. Vorsitzender des **Ausschuss für Wirtschaft und Währung** und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM)
 - **Wirtschaftsbeirat Bayern**, Mitglied des Präsidiums
 - **Transatlantic Policy Network**, Mitglied
 - **European Logistics Platform**, Mitglied des Beirats
 - **K & S Consultants AG**, Berater
 - Sparkassenverband Bayern, Mitglied des Beirats für sparkassenpolitische Grundsatzentscheidungen
 - Kreissparkasse Augsburg, Verwaltungsrat
- **Alois Glück** (Stellv. Vorsitzender)
 - Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken
 - ehem. Vorsitzender der CSU Landtagsfraktion
- **Ingo Friedrich** (Schatzmeister)
 - **Europäischer Wirtschaftssenat**, Präsident
 - **Wir Eigentümerunternehmer**, Senator der Politik
 - Mitglied im CSU-Parteivorstand
 - Europäische Volkspartei, Präsidiumsmitglied

- Europäisches Parlament, ehem. Vizepräsident
- **Michael Glos** (Schriftführer)
 - **Deutsch-Aserbaidschanisches Forum**, Mitglied des Kuratoriums
 - RHJ International AG, Stolzühle AG und West-East Contact GmbH (W.E.C.), Berater
 - Castellbank AG und Münchner Hypothekenbank e.G., Mitglied des Aufsichtsrats
 - Qatar Germany Forum GmbH, Delta Management Consultants GmbH und **Consultum Communications**, Mitglied des Beirats
 - ehem. Bundeswirtschaftsminister, ehem. Botschafter der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM)

Weitere Mitglieder des Vorstands sind u.a.

- **Angelika Niebler**
 - Mitglied im Parteivorstand der CSU
 - Europäisches Parlament: Mitglied im **Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie**
 - Metabion International AG, Vorsitzende des Aufsichtsrats
 - LVM Krankenversicherung, Mitglied des Aufsichtsrats
 - **German European Security Association**, Gründungsmitglied
 - **European Internet Foundation**, Governor
 - **European Energy Forum** und **Sky and Space**, Mitglied
 - **Wirtschaftsbeirat Bayern**, Mitglied des Präsidiums (Vorsitzende "Forum Brüssel")
- **Edmund Stoiber**
 - Pro Sieben Sat1 Media AG, Vorsitzender des Beirats
 - **Deloitte**, Vorsitzender des Beirats
 - Donner & Reuschel Privatbank, Mitglied des Beirats
 - **Commerzbank**, ehem. Mitglied des Zentralen Beirats
 - **Nürnberger Versicherungsgruppe**, Mitglied des Aufsichtsrats
 - **Münchner Sicherheitskonferenz**, Mitglied des Beirats
 - frühere Aktivitäten und Positionen: Vorsitzender einer EU-Expertengruppe zum Bürokratieabbau, Bayerischer Ministerpräsident, Generalsekretär der CSU
- **Otto Wiesheu**
 - Lobbyist für die **Deutsche Bahn** (bis 2009 Vorstandsmitglied, danach Berater)
 - **Wirtschaftsbeirat Bayern**, Mitglied des Präsidiums
 - ehem. Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

Quelle: ^[2]

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer

- **Peter Witterauf**

Leiter Verbindungsstelle Brüssel

- [Christian Forstner](#), Mitglied des Beirats Brüssel der [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)^[3]

Kooperationen

Kooperationspartner sind u.a.

- [Bertelsmann Stiftung](#)
- [Herbert Quandt-Stiftung](#)
- [Centrum für angewandte Politikforschung](#) (CAP)
- [Deutsche Atlantische Gesellschaft](#) (deren Präsident ist Landwirtschaftsminister Christian Schmidt/CSU)
- [Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik](#) (GfW) (Mitglied des Kuratoriums der GfW ist Landwirtschaftsminister Christian Schmidt/CSU)
- [EADS](#)
- [Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik](#) (VDE)
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (Vbw)
- [BMW](#)
- [Münchner Rück](#)
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Stiftung Marktwirtschaft - Frankfurter Institut](#)
- [Mont Pelerin Society](#)

Quelle: ^[4]^[5]

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Satzung, Webseite Hanns-Seidel-Stiftung](#), abgerufen am 02. 10. 2015
2. ↑ [Vorstand und Mitglieder. Webseite der Stiftung](#), abgerufen am 03. 10. 2015
3. ↑ [Repräsentant und Beirat Brüssel, Stand: 30. Juli 2015, Webseite dwt-sgw](#), abgerufen am 03. 10. 2015
4. ↑ [Hanns-Seidel-Stiftung 2004 - 2014 Eine zukunftsorientierte Leistungsbilanz, S. 10, Webseite der Stiftung](#), abgerufen am 03. 10. 2015
5. ↑ [Nationale und Internationale Wissenschaftskooperationen, Webseite der Stiftung](#), aberufen am 03. 10. 2015